Inserate
werden angenommen
in Posen bei der **Expedition der Zeitung**, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld,
für den übrigen redakt. Theil:
E. R. Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 190

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 16. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **80 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm.** angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung vom 15. März, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die **dritte Etatsberathung.**

In der Generaldebatte bringt zunächst

Abg. **Liebknecht** (Soz.) die Uebelstände des Militarismus zur Sprache, dessen Lasten unerträglich werden. Durch unser Vorgehen im vorigen Jahre ist Frankreich veranlaßt worden, eine neue Militärvorlage in Angriff zu nehmen. Nur ein wirkliches Volk in Waffen wird uns wirklich den Frieden geben. Wozu hat der Militarismus in Italien geführt? Zum Bürgerkrieg, zum Bankerott, zum Belagerungszustand. Das Bedürfniß nach Frieden macht sich allenthalben geltend. Hätte man nach unserem Vorschlage Elsaß-Lothringen nicht annektirt und dafür den Franzosen auferlegt, eine größere Kriegsentschädigung zu leisten und ihr Heer in ein Milizheer zu verwandeln, so hätten wir keine Kriegsbefürchtungen. Wir werden eine Vorlage über die Umwandlung unseres Heeres in ein Milizheer einbringen und sie eingehend begründen. Das Wesen des Militarismus charakterisirt sich am besten in der Rede des Kriegsministers über den Fall Kirchhoff. Mit seiner Vertheidigung des Faustrechts hat er dem deutschen Volke den Handschuh hingeworfen, und dieses Wort hat wie ein Blitz den Abgrund des Militarismus beleuchtet. Die bürgerliche Gesellschaft steht in dem Militarismus ihre letzte Stütze. Das Volk kann aber die Lasten nicht mehr tragen. Rußland hat sich mit einer militärischen Mauer umgeben. Die Rechte des Hauses wollte auch die wirthschaftliche Mauer aufrecht erhalten. Aber wissen Sie denn nicht, was das bedeutet, wenn unser Volk Getreide billiger bekommt? Das Volk ist nicht in der Lage wie Sie Kaviar zu essen. Wir werden heute wie stets den Etat ablehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit ist die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdiskussion bringt beim Etat des Auswärtigen Amtes

Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.) wieder die Angelegenheit der deutschen Inhaber griechischer Staatspapiere zur Sprache. Redner bittet um Auskunft, ob Schritte seitens der deutschen Regierung für den Schutz der deutschen Gläubiger gethan worden seien.

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall** erwidert, daß die deutsche Regierung sofort nach Bekanntwerden des Vorgehens der griechischen Regierung eine Verwahrung gegen die Kürzung der Rechte der deutschen Gläubiger eingelegt habe. Inzwischen habe sich auch ein Komitee deutscher Gläubiger gebildet, dessen Schritte von der Regierung kräftigst unterstützt werden.

Direktor im Auswärtigen Amt **Reichardt** kommt auf die Klage des Abg. Jebsen aus der zweiten Lesung über die zu pünktliche Innehaltung der Bureaustunden seitens der Konsularbeamten in Shanghai zurück. Thatsächlich sei kein Fall vorgekommen, in dem Schiffe wegen zu pünktlicher Schließung der Bureaus nicht hätten abgefertigt werden können. Ein Beamter hätte zwar gegenüber einer Firma, die mit dem Auswärtigen Amt eine erregte Korrespondenz geführt hat, ein solch rigoroses Verfahren beantragt, wäre aber abschlägig beschieden worden. — Der Etat wird genehmigt.

Beim Etat des Reichsamts des Innern bemerkt auf eine Anregung des Abg. Dr. **Lingens** (Ctr.)

Staatssekretär Dr. **v. Bötticher**, daß die Untersuchung darüber, ob die Kirchhöfe eine Ansteckungsgefahr in sich schließen, noch im Gange sei, deren Ergebniß aber demnächst vorgelegt werden würde.

Der Etat wird genehmigt.

Beim Militäretat wünscht

Abg. Dr. **Lingens** (Ctr.), daß den katholischen Soldaten die Möglichkeit gegeben werde, jeden Sonntag in die Kirche zu gehen, wie es die Vorschriften ihrer Konfession verlangen. Redner verlangt sodann eine Vermehrung der katholischen Seelsorger beim Militär.

Auf eine Anregung des Abg. **v. Bennigsen** (nl.) erklärt

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff**, daß wenn möglich, Stade für die vor einigen Jahren zurückgezogene Artillerie-Abtheilung einen Ersatz durch Garnisonirung eines neuen Truppentheils erhalten solle,

Abg. Dr. **Hammacher** (nl.) befürwortet einen von ihm in Gemeinschaft mit Graf v. Hompesch gestellten Antrag, wonach die in zweiter Lesung bei den Kapiteln für Naturalverpflegung und Garnisonsverwaltungswesen für Unterhaltung von Baulichkeiten, Retablissements und Neubauten gestrichenen 674 469 M. wieder in den Etat eingestellt, daß dagegen bei den außerordentlichen Ausgaben für Erwerbung eines Truppenübungsplatzes für das 4. Armeekorps und für Erwerbung eines Fußartillerie-Schießplatzes in Thorn im Ganzen 700 000 M. gestrichen werden. Der Etat erleide dadurch eine nur unwesentliche Aenderung.

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff**: Wenn Sie den Antrag Hammacher annehmen, so fällt mir ein schwerer Stein vom Herzen. Die Kriegsverwaltung würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie die Forderung für Neubauten annähmen. Noch dankbarer würde ich sein, wenn Sie keine Kompensation verlangten. (Heiterkeit.) Denn am liebsten nehme ich Beides.

Zur Geschäftsordnung wünscht

Abg. **Richter**, daß über den Antrag Hammacher auf Wiedereinstellung der 674 469 Mark erst abgestimmt werde, nachdem zuvor über die Kompensationen abgestimmt worden sei. (Heiterkeit.)

Abg. **v. Bennigsen** spricht die Hoffnung aus, daß im Falle der Annahme der Kompensationsbeträge Abg. Richter auch für den übrigen Theil des Antrages Hammacher auf Wiederherstellung der in zweiter Lesung gestrichenen Summe stimmen werde. (Heiterkeit.)

Der Antrag Hammacher wird angenommen, ebenso der gesammte übrige Militäretat. Als die Freisinnige Volkspartei sich nach Erlangung der Kompensationen erhob und für die Wiederherstellung der Regierungs-Position stimmte, trat der Kriegsminister einige Schritte vor und machte eine tiefe Dankes-Verbeugung nach den Plätzen dieser Partei hin. (Große Heiterkeit.)

Beim Marineetat erklärt auf eine Anfrage des Abg. **Jebsen** (nl.) der Vertreter der Marineverwaltung, daß die Marineverwaltung auf die dreijährige Dienstzeit der Berufsmaschinisten nicht verzichten könne.

Abg. Dr. **Lieber** (Centr.): Auf Grund der Berathungen, die wir in der Budget-Kommission und im Plenum über das Unglück auf der „Brandenburg" gepflogen haben, richte ich nunmehr an den Staatssekretär des Reichsschatzamts die Frage, wie es mit der Fürsorge für die Hinterbliebenen der auf der „Brandenburg" Verunglückten steht.

Reichsschatzsekretär Graf **v. Posadowsky**: In Bezug auf die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen, sowohl der Beamten wie der Arbeiter, finden zunächst die allgemeinen Gesetze Anwendung und demnächst ist zu prüfen, ob im einzelnen Falle die gewährten Leistungen ausreichen für den nothwendigen Lebensunterhalt. Wird diese letzte Frage verneint, so wird eine ausgleichende Gerechtigkeit herbeizuführen gesucht durch Inanspruchnahme des Dispositionsfonds. Nach den bisherigen Feststellungen sind an die Hinterbliebenen von Männern, die in Erfüllung ihrer Pflicht bei dem Schiffsunglück ums Leben gekommen sind, 23 Wittwen, 57 Waisen, 56 Ascendenten und 2 sonstige Angehörige vorhanden. Diesen würde eine gesetzliche Summe von 7924 M. zustehen. Das Diensteinkommen der Verunglückten betrug in Summa 50 128 M. Es kann ja nicht so weit gegangen werden, daß aus dem zunächst zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds der volle Differenzbetrag gewährt wird. Zuvörderst wird der Dispositionsfonds der Marine in Anspruch genommen werden, nachdem der Dispositionsfonds der Reichskasse, und wenn dieses nicht ausreichen sollte, werden Vorschläge unterbreitet werden, um noch Abhilfe aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds zu gewähren. Sollte auch das nicht ausreichen, so werden die verbündeten Regierungen in Erwägung ziehen, ob nicht im nächsten Etat eine Vermehrung dieses Dispositionsfonds zu beantragen ist.

Der Marineetat wird bewilligt.

Zum Etat des Reichsjustizamts haben die Abgg. Auer und Gen. eine Resolution eingereicht: In Erwägung, daß neuerdings durch Urtheil des königlich sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden wegen Verübung groben Unfugs durch Vertheilung von Stimmzetteln und Drucksachen zu Wahlzwecken das „freie und sichtbare" Austragen „von Haus zu Haus" sowie die Uebergabe „ohne Rücksicht auf die politische Gesinnungsart des Einzelnen" und die „ohne Auswahl und Ansehen der Person" erfolgte „unterschiedslose und unaufgeforderte Vertheilung" wiederholt zum Gegenstand strafrechtlicher Maßnahmen gemacht worden ist, beschließt der Reichstag, ausdrücklich zu erklären, daß diese Art und Weise der Vertheilung zu Wahlzwecken in den § 43 der Reichsgewerbeordnung eingeschlossen ist, und ersucht den Reichskanzler, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die zur Durchführung dieser Auffassung geeigneten Anordnungen getroffen werden.

Abg. **Auer** (Soz.) begründet diese Resolution. Die Praxis der Gerichte bezüglich des Groben-Unfugparagraphen ist selbst der größte grobe Unfug, der existirt.

Vizepräsident Dr. **Bürklin**: Ich kann nicht dulden, daß die Praxis der Gerichte in dieser Weise angegriffen wird. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Oho!) Ich rufe denjenigen, der den Zwischenruf gethan hat, zur Ordnung. Das sächsische Oberlandesgericht hat sogar die Vertheilung von Stimmzetteln am Sonntag während des Gottesdienstes als groben Unfug bezeichnet, weil dadurch die religiösen Gefühle der Empfänger verletzt werden können. Man habe in Deutschland sonst nirgends eine solche Auslegung versucht. Wie wolle man denn feststellen, ob Flugblätter an Leute von anderer politischer Gesinnung gekommen seien? Es trägt doch niemand einen Parteistempel auf der Stirn. Und wozu seien denn überhaupt die Flugblätter da? Doch nur um politische Gegner zu bekehren. Anderen Parteien gegenüber wird auch nicht so streng vorgegangen. Die Antisemiten treiben ihre Agitation viel stärker als die Sozialdemokraten und doch läßt man sie ganz frei gewähren. In Sachsen werde zweierlei Recht gehandhabt. Die sächsischen Gerichte hätten sogar groben Unfug in einer Annonce der sächsischen „Arbeiterzeitung" gesehen, worin von dem Besuche von Lokalen abgerathen wurde, die ihre Säle nicht zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben wollten. Die Antisemiten verbreiten Flugblätter mit Versen und Sprüchen, wie: Was im Haus der Mauerschwamm, Ist der Jude am Menschenstamm — Der Jude hat den Betrug nicht gelernt, er ist ihm angeboren. (Sehr richtig! bei den Antisemiten.) Solche Pamphlete werden unter den Augen der Behörden verbreitet, ohne daß dagegen eingeschritten wird. In anderen Flugblättern wird der preußischen Regierung vorgeworfen, daß sie vor dem Hause Rothschild zurückweiche. Redner verliest eine weitere Reihe von Flugblättern, in denen die schwersten Anschuldigungen gegen die höchsten Beamten, gegen die Diskontogesellschaft, die preußische Regierung erhoben werden. (Rufe bei den Antisemiten: Schwennhagen!) Nicht darauf kommt es an, von wem die Sache herrührt, sondern, daß solche Sachen ungestraft verbreitet wurden, ohne daß sie sich die Mühe gegeben haben, von ihrem Inhalt Kenntniß zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Ich erinnere ferner an die Glößschen Bilderbogen, z. B. an denjenigen, auf dem der Knabe aus Xanten mit dem durchschnittenen Halse dargestellt wird. Ich gönne den Antisemiten ja volle Preßfreiheit, aber wir verlangen sie auch für uns. Das Leipziger Landgericht hat in einem Erkenntnißgrunde das Gegentheil von dem gesagt, was das Oberlandsgericht in Dresden. Und warum? Diesmal waren es Antisemiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) Da kein Sozialistengesetz mehr besteht, so nehme man die ordentlichen Gesetze als Handhabe nach dem Motto: Hilf, was helfen kann! Legt man nichts aus, so legt man doch unter. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man könnte ja einwenden, daß wir mit dem Antrag einen Eingriff in die Rechtsprechung versuchen. Demgegenüber verweise ich auf eine Aeußerung des sächsischen Justizministers, der gesagt hat, Eingriffe in die Rechtsprechung seien unzulässig, das Justizministerium behalte sich aber jederzeit vor, unrichtige Entscheidungen, wenn auch nicht amtlich, so doch vertraulich zu korrigiren. Fiat justitia. Es muß mit der doppelten Buchführung gebrochen werden, bei welcher auf der einen Seite die Sozialdemokraten, auf der andern Seite alle anderen Parteien stehen. Der Willkür der gerichtlichen Auslegung muß ein Riegel vorgeschoben werden.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf **Hohenthal**: Der Gegenstand ist bereits in der zweiten sächsischen Kammer behandelt worden, und der Justizminister hat sich eingehend darüber geäußert. Ich kann diesen Aeußerungen umso weniger etwas hinzusetzen, als verfassungsmäßig auch in Sachsen die Rechtsprechung von dem Einflusse der Regierung unabhängig ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich wundere mich sehr, daß gerade von Ihrer Seite gegen die Unabhängigkeit der Gerichte gesprochen wird. Der Vorredner hat die Behauptung, daß in Sachsen doppelte Buchführung getrieben werde, daß seine Partei mit anderem Maße gemessen werde, als die übrigen Parteien, motivirt mit dem Hinweis auf Bestrafung wegen einer Annonce in der „Sächsischen Arbeiterzeitung", während auf der anderen Seite Broschüren anderer Parteien straflos geblieben seien. Ich verstehe nicht recht den Zusammenhang, in dem beide Angelegenheiten miteinander stehen sollen. (Lachen links. Abg. **Bebel**: Das ist doch klar.) Der Abg. Auer hat auch die Glößschen Bilderbogen hier vorgebracht. Er hat sich bei dieser Gelegenheit zu einem Organ der Polizei gemacht. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Ist ihm gar nicht eingefallen!) Er hat Alles gethan, was in seiner Macht stand, um ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft gegen den Glößschen Verlag herbeizuführen (Unruhe bei den Sozialdemokraten). Die Herren können ja gar nicht wissen, ob nicht inzwischen gegen den Glößschen Verlag eingeschritten ist. In weiten Kreisen des deutschen Vaterlandes und nicht zum wenigsten in Sachsen wird es besonders beklagt, daß die Gerichte gegen die Sozialdemokraten noch viel zu nachsichtig sind. (Beifall rechts).

Abg. **Träger** (Freis. Volksp.): Ich habe ein lebhaftes Interesse als einer der Urheber des § 43 der Gewerbeordnung, daß eine Bestimmung, welche von der großen Mehrheit des Reichstages angenommen ist, nicht in böswilliger und unverständlicher Weise mißbraucht wird. (Sehr wahr! links.) Wenn man damals dem Gesetzgeber gesagt hätte, daß eine derartige Judikatur Platz greifen könnte, so würde er den, der das mitgetheilt hätte, einfach ausgelacht haben, weil es gegen den gesunden Menschenverstand und den einfachen Wortlaut des Gesetzes verstößt. (Sehr wahr! links.) Ich habe vielen groben Unfug erlebt, der mit Bestimmungen des öffentlichen Rechts betrieben wurde; hier aber gebe ich dem berühmten Strafrechtslehrer Berner recht, wenn er sagt, daß mit dem Paragraphen mit dem „groben Unfug" der größte Unfug getrieben wird. (Zustimmung links.) Die Bestimmung des groben Unfugs ist aus dem Allgemeinen Landrecht entnommen, und zwar aus dem sog. bösen Buben-Paragraphen. Man muß seinen guten Verstand zu einem kriminalistischen Ueberverstand herangebildet haben, um solche Auslegungen über den groben Unfug zu Stande zu bringen, wie sie thatsächlich vorgekommen sind. Ein besonders günstiger Nährboden für derartige Erscheinungen scheint nach allem, was wir erlebt haben, das Königreich Sachsen zu sein (Zustimmung links) und ich habe von dem sächsischen Bevollmächtigten nichts gehört, was diese für mich feststehende Thatsache zu erschüttern geeignet ist. Die betr. Erkenntnisse entbehren eines gewissen humoristischen Beigeschmacks nicht. Ein Schöffengericht verurtheilte das Herumtragen von sozialdemokratischen Wahlflugblättern am Sonntage wegen groben Unfugs, weil es einen anderen Grund nicht fand. Das Landgericht bestätigte die Verurtheilung, weil die Flugblätter sozialistische Lehren enthielten, deren Verbreitung am Sonntage ein Unfug sei, da sie sich gegen die Kirche richteten. Keines dieser Gerichte hat aber den Inhalt der Blätter gekannt, aber munter drauf los nimmt das Gericht in seinem dunklen Drange an, daß der Inhalt gegen die Kirche gerichtet war. Dabei steht in diesen Flugblättern von kirchlichen Dingen garnichts. Das Oberlandesgericht verurtheilte denn auch die Leute, weil das Herumtragen an sich am Sonntag unstatthaft sei. Es ist für die Freiheit, aber auch für die Regierung und für den Staat von größtem Interesse, daß alle Meinungen zum Ausdruck kommen. Als das Sozialistengesetz aufgehoben wurde, war einer der wichtigsten Punkte für die Aufhebung, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie bei offenem Visir leichter sein würde. Im Königreich Sachsen aber scheint man sich noch immer nicht an den Gedanken gewöhnt zu haben, daß das Sozialistengesetz aufgehoben ist. (Sehr gut! links.) Glauben Sie wirklich, daß durch Flugblätter die Freiheit der Ueberzeugung des einzelnen so gefährdet ist, daß sich ein Bedürfniß nach polizeilichem und rechtlichem Schutz herausgestellt? Ich habe es in Sachsen erlebt, daß von den Behörden viel schlimmere Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit ungestraft vorübergelassen sind. Soll ich Sie zurückführen in eine Zeit, wo man für derartige Dinge noch kein rechtes Unterscheidungsvermögen besaß? (Heiterkeit.) Gegen den Antrag sprechen insofern formelle Bedenken, als die Fassung nicht ausschließt, daß ein Eingriff in die Rechtsprechung verlangt wird. Das dürfte aber nicht geschehen. Die Erklärung des sächsischen Bevollmächtigten hat mir nur insoweit gefallen, daß in die freie Entschließung der Gericht nicht einzugreifen versucht wird. Aber der sächsische Justizminister hat einmal ja selbst gesagt, daß er vertraulich auf die Entscheidungen einwirken wolle, und in Preußen haben wir öfter Ministerialreskripte gehabt, die auf Fehler der Gerichte aufmerksam machten. Die bloße Erklärung der Regierungsvertreter genügt uns nicht. Das Haus muß die Sache urgiren. Die Hauptsache ist, daß der Reichstag in seiner Majorität es ausspricht, daß die Auffassung über die Rechtsprechung betreffs des groben Unfugparagraphen, wie sie der Resolution zu Grunde liegt, richtig ist und die Auslegung der Gerichte unrichtig. (Beifall links.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt **Nieberding** (auf der Tribüne kaum verständlich): Der Reichstag darf keine Kritik an den Gerichtsentscheidungen üben. Denn niemals wird ein Vorwurf auf die Gerichte schwerer wirken, als wenn er hier aus der Mitte des Hauses kommt. Von allen Institutionen des öffentlichen Lebens ist die Unabhängigkeit der Gerichte, ihre Autorität gegenüber der öffentlichen Meinung und gegenüber den Verwaltungsbehörden ein Schatz, den der Reichstag am meisten hüten sollte. Es mag zugegeben werden, daß die Gerichte in der Auslegung des Paragraphen etwas weit gegangen sind. (Hört! hört! links.) Wir müssen aber zu der Gewissenhaftigkeit, Gesetzlichkeit und Ueberzeugungs-

treue der Richter volles Vertrauen haben. Ein Urtheil können wir überhaupt hier nicht fällen auf Grund einseitiger Mittheilung. Der Antrag kann nur verstanden werden dahin, daß die Justizverwaltungen der einzelnen Länder die Staatsanwaltschaften anweisen, in der Erhebung der Anklage wegen groben Unfugs vorsichtiger zu sein. Das ist aber nicht nöthig, denn das, womit die Herren ihren Antrag begründen, ist eigentlich etwas selbstverständliches. (Abg. Bebel: Für die sächsischen Gerichte nicht!)

Abg. **Rintelen** (Ctr.): Der Reichstag hat als solcher keine Befugniß zu urtheilen, ob eine Rechtsprechung der Gerichte richtig ist oder nicht. Ein Beschluß des Reichstages darüber, wie § 43 der Gewerbeordnung ausgelegt werden soll, ist nicht möglich. Der Antrag kann gar keinen anderen Zweck haben, als die Kompetenz des Reichstages zu überschreiten. Welche „Anordnungen" können denn überhaupt getroffen werden, um auf die Auslegung der Gerichte einzuwirken? Ich bitte den Antragsteller, den Antrag mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses zurückzuziehen.

Abg. **Zimmermann** (Antis.): Die Sozialdemokraten benutzen die Gelegenheit, um gegen uns Antisemiten ein Denunziatiönchen loszulassen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Freiheit der Sozialdemokraten besteht in der Boykottirung, wodurch Existenzen untergraben werden. Wir sind bei unserer Agitation ausgegangen von nationalen und wirthschaftlichen Gründen. (Lachen links.) Die Plack und Schwennhagen sind von der deutschen Reformpartei von Anfang an ausgeschlossen gewesen. Wir verwahren uns gegen die Zumuthung, daß diese Leute zu uns gehören. Bei den Glößschen Bilderbogen handelt es sich um ein Privatunternehmen. Glöß hat schon hundert Prozesse gehabt, ist aber nur einmal mit 3 Mark bestraft worden. Das beweist, daß viel Wahres in den von ihm verlegten Schriften ist. Weit entfernt, daß zweierlei Buchführung zu Ungunsten der Sozialdemokratie getrieben wird, läßt man in Sachsen viel zu viel den Sozialdemokraten durchgehen. (Unruhe links.) Es müßte im Gegentheile viel schärfer gegen die Sozialdemokraten vorgegangen werden. Anarchistische Versammlungen sind in Leipzig erlaubt worden, Ahlwardt aber ist die Abhaltung von Versammlungen verboten worden. Wir stimmen indeß für den Antrag, weil wir selbst die Zurücksetzung in politischer Beziehung erfahren haben. Wenn man allerdings die Befürwortung dieses Antrages hört, so glaubt man, die Herren wollen sich den Juden in Sachsen wieder als Schützer empfehlen.

Inzwischen ist ein Antrag Hammacher-Roeren eingegangen: In Erwägung, daß die Auslegung des Reichsgesetzes verfassungsmäßig den Gerichten zusteht und in fernerer Erwägung, daß eine Aenderung in der Deklaration bestehender Gesetze nur durch die Gesetzgebung erfolgen kann, über den Antrag Auer zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. **Enneccerus** (ntl.) befürwortet den Antrag Hammacher. Auch wir wenden uns gegen eine zu weite Auslegung der Groben-Unfug-Paragraphen. Aber wir haben im Reichstag kein Recht, uns eine Jurisdiktion über das oberste Gericht anzumaßen. Eine Aenderung der Gesetzgebung kann nur durch Uebereinstimmung des Bundesrathes und des Reichstags vorgenommen werden. Was würden die Sozialdemokraten sagen, wenn der Bundesrath erklärte, eine Gerichtsentscheidung zu Gunsten der Sozialdemokraten wäre unrichtig? Dann würde ein großes Geschrei über den Eingriff in die Freiheit erhoben worden sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Auer**: Nachdem unsere Beschwerden hier im Hause theils mehr theils weniger entschieden als berechtigt anerkannt worden sind, ziehe ich meinen Antrag zurück mit dem Vorbehalt, ihn später und in besserer Form wieder einzubringen.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp. zur Geschäftsordnung): Die Ausführungen des Vorredners sind durchaus nicht von allen Seiten gebilligt worden. Mit mir giebt es noch viele Abgeordnete, die ganz entgegengesetzter Meinung sind.

Abg. **Auer**: Von allen Seiten des Hauses habe ich gar nicht gesprochen. Daß Frhr. v. Stumm nicht unsere Beschwerden als berechtigt anerkennen wird, das ist selbstverständlich.

Der Etat wird genehmigt.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern bringt beim Titel „Bräusteuer"

Abg. **Lutz** (dk.) die Vorwürfe zur Sprache, welche anläßlich der Berathung des Handelsvertrages vom Abg. Rösicke gegen ihn erhoben worden seien. Er sei seit 14 Jahren Brauereibesitzer (Rufe: zur Sache). Redner beklagt die Zunahme der Verwendung von Reis bei der Bierbereitung, die sich aus der amtlichen Statistik für 1892/93 ergebe. Die Behauptung des Abg. Rösicke, es würde zur Bierbereitung kein Surrogat verwendet, ist also unrichtig. Uebrigens hat seit meiner damaligen Rede der Verbrauch an Surrogaten abgenommen.

Abg. **Rösicke** (lib.): Auch ich beklage die Verwendung von Surrogaten. Ich habe den Abg. Lutz nicht angegriffen, weil er die Verwendung von Surrogaten zur Sprache brachte, sondern weil er die dunkle Farbe des Bieres lediglich von der Verwendung von Zuckerkouleur herleitete. Er sprach sogar von „ekelerregenden Zuckerabfällen". Ich überlasse dem Hause das Urtheil darüber, ob es korrekt und nobel ist, wenn ein süddeutscher Brauer nach Berlin kommt, ein Glas Bier hier trinkt und dann das Bier schlecht macht. Die Rede, die Abg. Lutz gehalten hat, fiel auf das Ende des Etatsjahres 1892 93, sie konnte also auf die Verwendung von Surrogaten in diesem Etatsjahre wirklich keine Wirkung haben. (Heiterkeit.) Weiß Herr Lutz nicht, daß ich mit dem Abg. Goldschmidt einen Antrag auf Verbot der Surrogate eingebracht habe? Die heutige Rede des Herrn Lutz hat nicht dazu beigetragen, seinen Ruf als Brauer zu erhöhen. (Heiterkeit.) Wir überlassen es der Rechten, seinen Werth als Brauer noch weiter hervorzuheben, wir Brauer bedanken uns für solches Spezimen. (Heiterkeit und Beifall).

Abg. **Wurm** (S.-D.) beklagt die Verwendung von Surrogaten, unter welcher der Biertrinker leide. Die Verwendung von Surrogaten müsse verboten werden. (Vizepräsident Frhr. **v. Buol** ruft den Redner zur Sache.) Wir werden jedenfalls einen entsprechenden Antrag stellen.

Der Etat wird genehmigt.

Zum Postetat wird ein Antrag Dr. Bürklin angenommen, der die Stelle eines Hilfsarbeiters in der Leitung der Postverwaltung durch die eines vortragenden Raths ersetzen will.

Abg. Dr. **Müller** (Sagan, Freis. Volksp.) protestirt gegen einen im Laufe der Debatte hierüber seitens des Frhrn. v. Stumm gefallenen Ausdruck, die Streichungen der Kommission und des Plenums seien eine flagrante Ungerechtigkeit. Die Kommission habe sich bei ihrer Entscheidung nur von sachlichen Motiven leiten lassen. Es könne auch gar nicht die Rede davon sein, daß ein „hochverdienter Beamter" zurückgesetzt sei. Staatssekretär Dr. v. Stephan habe in der Budgetkommission ausdrücklich betont, daß noch kein bestimmter Beamter für die beantragte Unterstaatssekretärstelle ins Auge gefaßt sei.

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.) bittet dringend, die von der Kommission beantragte Resolution anzunehmen: den Reichskanzler zu ersuchen, in eine Prüfung der Frage eintreten zu wollen, inwieweit die dienstliche Stellung der Post- und Telegraphenassistenten und der Postverwalter verbessert, insbesondere eine Gleichstellung mit den Militäranwärtern in der Zulassung zum Sekretärsexamen und eine Beschleunigung in der definitiven Anstellung derselben durchgeführt werden kann.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) stellt als Bedingung des Aufrückens der Zivilanwärter vom Postassistenten zum Postsekretär die Ablegung einer besonderen Prüfung auf und behauptet, die aus dem Zivilanwärterstande hervorgegangenen Postassistenten ständen an Bildung weit hinter den als Militäranwärter Angestellten zurück, da diese alle Offiziere gewesen seien.

Abg. Graf **Oriola** (ntl.) wünscht eine Ausdehnung der Resolution auf die Postverwaltung.

Abg. **Müller**-Sagan tritt dem Abg. v. Kardorff entgegen. Nicht aus dem Offizier-, sondern aus dem Unteroffizierstande gehen die Militäranwärter für die Postassistenten-Laufbahn hervor. Die Zivilanwärter seien in ihrer großen Mehrzahl ihren militärischen Konkurrenten im Postassistentenfach mindestens gleichgestellt oder überlegen. Deshalb sei die Resolution durchaus berechtigt. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Hammacher** schließt sich diesen Ausführungen an und tritt gleichfalls für die Resolution ein.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Rechten angenommen. — Der Postetat wird genehmigt.

Zum gesammten Etat beantragen die Abgg. Frhr. **v. Manteuffel** und Graf **Hompesch** folgende Resolutionen, den Reichskanzler zu ersuchen: 1. Bei den zur Vorlage kommenden Bauplänen auf eine größere Einfachheit in Bezug auf die Gestaltung der Façade und die innere Ausstattung der Gebäude hinwirken und Einschränkungen in Bezug auf die Ausdehnung des Baues und besonders theure Materialien — eintreten zu lassen. 2. Durch ein allgemeines Regulativ festzusetzen, welche Raumausdehnung eine Dienstwohnung für jede Dienststelle haben soll. — Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Das Etats- und Anleihegesetz werden angenommen. — Damit ist die dritte Lesung des Etats erledigt.

Die zum Etat eingegangenen Petitionen werden durch die Beschlußfassung zum Etat für erledigt erklärt.

Abg. **Merbach** (Rp.) bemerkt mit Bezug auf eine Eingabe von Postbeamten, die Sozialdemokraten sollten sich doch künftig nicht mehr hier als Anwälte der Postbeamten aufspielen.

Abg. **Bebel** erwidert, die von den Sozialdemokraten vorgebrachten Beschwerden seien durchaus begründet gewesen. Die Gegenvorstellungen der Beamten wiesen eine ganze Reihe erzwungener Unterschriften auf.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Dritte Lesung des deutsch-russischen Handelsvertrages; Gesammtabstimmung über den Etat.) Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom 15. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes.

Die Kommission beantragt eine Resolution, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Aenderung des bisherigen Verfahrens bei der Heranziehung der Betheiligten zu den Grunderwerbskosten bei dem Ausbau von Nebenbahnen in Erwägung zu ziehen.

Die Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Eine Petition in Bezug auf den Bau einer Eisenbahn Heilsberg-Mehlsack wird der Regierung als Material überwiesen, ebenso eine Petition des Fürsten zu Salm-Reifferscheidt auf Weiterführung der Linie Köln-Grevenbroich nach Gladbach.

Der Entwurf wird darauf nach kurzer Debatte angenommen.

Die Petition wegen Errichtung einer Haltestelle der Eisenbahn in Ahrenviölfeld wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso die Petition des Regierungsbaumeisters Schulze zu Hannover wegen Aenderung des Gesetzes über die Umzugskosten der Staatsbeamten; desgleichen die Petition des Berginvaliden Isken zu Eickel wegen Gewährung einer Pension.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr (dritte Berathung der Sekundärbahnvorlage und kleinere Vorlagen.) Schluß 12½ Uhr.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 15. März, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der **Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung** und des Gesetzes über die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie.

Nach § 1 des Entwurfs sollten Kirchengesetze, die Bestimmungen der Gemeinde- und Synodalordnung und der General-Synodalordnung, sowie der späteren zur Abänderung dieser Ordnungen erlassenen Gesetze abändern, der staatlichen Genehmigung nur bedürfen, wenn sie betreffen: die Selbstverwaltung der Angelegenheiten, durch Gemeinde-Kirchenrath und Gemeindevertretung, die Zusammensetzung des Gemeinde-Kirchenraths, die Zahl der Aeltesten (12—4), die Ernennung eines Aeltesten durch den Gemeindepatron, die Beurkundung der Gemeinde-Kirchenrathsbeschlüsse durch den Vorsitzenden, die Vertretung der Gemeinden durch den Gemeinde-Kirchenrath in vermögensrechtlicher Beziehung, die Rechte des Patrons bezüglich der Aufsicht über die Vermögensverwaltung, die Wahl und Stärke der Gemeindevertretung, die beschließende Mitwirkung mit dem Gemeinde-Kirchenrath, die Wahlberechtigung, die Zusammensetzung der Kreissynode und der Provinzialsynode, die Wahl derselben, die Nothwendigkeit der Zustimmung der Provinzialsynode zu provinziellen Kirchengesetzen, die Bewilligung der kirchlichen Ausgaben zu provinziellen Zwecken durch die Provinzialsynode und die Zustimmung des Konsistoriums zu denselben, die Synodalkasse, die Ausdehnung und Zusammensetzung der Generalsynode, den Erlaß landeskirchlicher Gesetze durch den König, die Bewilligung neuer Ausgaben zu landeskirchlichen Zwecken u. s. w.

Die Kommission beantragt, unter die einer staatlichen Genehmigung bedürfenden Abänderungsvorschläge einzubegreifen diejenigen, die betreffen die Bestimmung der Gemeindeordnung, daß der Gemeindekirchenrath die religiöse Erziehung der Jugend zu beachten hat, ohne daß ihm jedoch eine unmittelbare Einwirkung auf die Schule zusteht, ferner die, daß der Gemeindekirchenrath die Interessen der Gemeinden bei Parochialveränderungen zu vertreten hat, und endlich, daß in Städten mit mehreren Synodalkreisen auf das Zusammentreten mehrerer Kreissynoden zur Berathung gemeinsamer Angelegenheiten Bedacht zu nehmen ist.

Frhr. **v. Durant** stellt einen Antrag, welcher darauf ausgeht, daß eine etwaige Abänderung der Bestimmung über den Einfluß des Gemeindekirchenraths auf die Schule nicht der staatlichen Genehmigung bedarf (entgegen dem Kommissionsbeschluß, im Sinn der Vorlage.)

Die Herren **Hammer, Dr. Hinschius, Struckmann, Zelle** beantragen, daß die Nothwendigkeit der staatlichen Genehmigung zu etwaigen Abänderungen der Gemeindeordnung u. s. w. ausgedehnt wird auf weitere Bestimmungen (über die Vorlage hinaus). Die wichtigsten sind die über die Verwaltung der Kirchengebäude, über die Selbständigkeit der Wahlberechtigten, über das passive Wahlrecht für Gemeindevertretung und Gemeindekirchenrath, über die Entlassung der Aeltesten, Ergänzung der Gemeindeordnung durch Gemeindestatut u. s. w.

Oberbürgermeister **Struckmann**: Die Vorlage erfüllt zwar im Allgemeinen die Wünsche der Generalsynode. Ueber Einzelheiten hat sich aber diese Körperschaft nicht ausgelassen. Die Richtung innerhalb der evangelischen Kirche, die die kirchliche Gesetzgebung von der staatlichen unabhängig machen will, wird sich mit dem nicht begnügen, was ihr hier gewährt wird. So wird es allmählich zum Sprengen der kirchlichen Gemeinschaft kommen. Zahlreiche Austritte stehen bevor. Diese Partei will, daß die Kirche äußerlich unabhängig dastehe, sie bindet im Innern die Gewissen. Das Wesen der evangelischen Kirche ist aber dies, daß sie steht auf dem Evangelium und dann der Gewissens- und Glaubensfreiheit. Die große Mehrheit in der evangelischen Kirche wird, wenn jene Partei ihre Wünsche erfüllt sieht, dann nicht mehr der evangelischen Kirche angehören können. Darüber kann man nicht mehr zweifelhaft sein. Man zwingt die Leute, entweder zu heucheln oder ihre Gewissen zu verletzen. Dann ist die Kirche gesprengt. Sie sagen, das schadet nichts, jene können ja ihre eigene Gemeinschaft bilden. Nun, die Folge wird sein, daß unzählige freie Gemeinden entstehen. Dann wird es keine Landeskirche mehr geben. Ist Ihr Ideal ein Organismus nach katholischem Muster? Das wird geschehen, wenn die Grundlagen der Synodalordnung angetastet werden. Weshalb sollte es nicht gelingen, in unserer ernsten Zeit das Einigende mehr hervorzukehren, als das einseitige Parteiinteresse? Weshalb wollen Sie alle die, die auch Christen sind, zurückstoßen? Warum wollen Sie das Wesen der Kirche in Dinge legen, in die es Christus nicht gelegt hat? Warum immer das dogmatische Gezänk? Lassen wir das, wir werden die Kirche selbständiger machen als durch solche Gesetze.

Kultusminister Dr. **Bosse**: Die Gesichtspunkte des Vorredners sind nicht zutreffend. Diese Vorlage hat mit dem Gewissens- und Glaubenszwang nichts zu thun. Man zwingt auch nicht die Angehörigen der Kirche zum Heucheln oder zum Austritt. Die Anträge des verewigten Kleist-Retzow sind auf das richtige Maß beschränkt, und wenn Herr Struckmann gegen den Entwurf kämpft, als enthalte er die Kleist-Retzowschen Forderungen, kämpft er gegen Gespenster. Wenn man Herrn Struckmann nachgeben wollte, gäbe es überhaupt keine landeskirchliche Gesetzgebung mehr. Die Kirche läuft gerade dann Gefahr, wenn sie in Staatsfesseln gelegt wird. Im einzelnen Fall kann die Staatsregierung bei jedem Kirchengesetz sagen, hier liegt ein Staatsinteresse vor, wir hindern das Gesetz. Es ist wunderbar, wie man in diesem Gesetz die wildeste Reaktion, das finsterste Mittelalter hat sehen können. Wir haben uns verpflichtet gehalten, den Wünschen der kirchlichen Organe nachzugeben, so weit es das Staatsinteresse zuläßt. Uns thut eine Vereinfachung der Gesetzgebung noth. Wenn wir die Wünsche der Kirche schroff zurückwiesen, das wäre schroffe Bureaukratie. Selbst Prof. Beyschlag stimmt mit der Vorlage überein, die nicht eine Abschlagszahlung auf die Selbständigkeitsbestrebungen ist, sondern ihren Abschluß bildet. Sie ist aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß zwischen Staat und Kirche Frieden geschlossen werden muß. (Beifall.)

Frhr. **von Durant**: Die Vorlage erfüllt die doch sehr bescheidenen Wünsche der Generalsynode. Es wird aber noch viel geschehen müssen, ehe die evangelische Kirche hat, was sie gegenüber den Umsturzbestrebungen unserer Zeit bedarf. Auch wir halten die freie Forschung für eine große Errungenschaft der Lutherschen Reformation, aber sie muß sich in den Schranken der Offenbarung bewegen.

General **v. Stosch**: In der Gemeindeordnung ist ja dem Laienelement ein großer Spielraum gegeben. Aber thatsächlich haben die Pfarrer die Macht, und auf den Synoden haben sie den größten Einfluß. In der Agende ist das Glaubensbekenntniß als Gesetz für die Gemeinde festgestellt. Synoden, die solche Gesetze machen, sollte man nicht noch mehr Macht geben. Es ist viel wichtiger, daß der Geistliche mit der Gemeinde lebt, als daß er ein Glaubensbekenntniß vertheidigt. Man müßte den Pfarrer auf zwölf Jahre wählen. Dann würde er sich Mühe geben, mit der Gemeinde zu leben. Ich erachte die Einsetzung des Kirchenregiments für einen Fehler, weil die Geistlichen darin zu große Macht bekommen. Weil ich nicht will, daß die Hierarchie in der Kirche so große Macht bekommt, stimme ich gegen die Vorlage. (Beifall.)

Graf **Zieten-Schwerin** tritt für die Vorlage ein.

Dr. Hinschius: Es dreht sich darum, daß wir als Parlament einen Theil unserer Rechte aufgeben sollen. Wie das Gesetz wirken wird, kann man aus den Maßnahmen der kirchlichen Körperschaften schließen. Denselben Synoden, die einen Glaubenszwang, der der evangelischen Kirche zuwider ist, durch die Agende einführen wollen, sollen hier größere Rechte gegeben werden. Die Annahme dieser Vorlage wird außerhalb dieses Hauses den Eindruck machen, daß der Minister die extreme Partei in der Kirche unterstütze.

v. Bethmann-Hollweg: Ich glaube nicht, daß die Mehrheit auf den Synoden zu einer Vergewaltigung der Minderheit schreiten wird. Ob die Vorlage opportun ist, scheint mir zweifelhaft, weil sie eine Erhebung von 6 Prozent Steuern zuläßt. Eine Steuererhöhung kann gegenwärtig gerade der Kirche schaden. Im Uebrigen glaube ich, daß sie die kirchlichen Körperschaften stärken wird, und das ist gerade den subversiven Tendenzen der Gegenwart gegenüber nothwendig.

Oberbürgermeister **Bender** beantragt, nach Ostern eine nochmalige Schlußberathung über den Gegenstand eintreten zu lassen, damit sich die Mitglieder über die Gesetzgebung der 70er Jahre unterrichten könnten. Nach seinen Erfahrungen würden die kirchlichen Wahlen nicht von kirchlichen, sondern von politischen Parteien gemacht. Hier in Berlin bildeten die Antisemiten die orthodoxe Partei. Durch die neue Agende und dies Gesetz würden die gewissenhaften Leute aus der Kirche verdrängt. Die Einigkeit der Kirche bestehe doch nicht im Bekenntniß. Zu diesem Gesetz treibe kein Bedürfniß. Die Katholiken würden sich über die Annahme dieses Gesetzes freuen.

Dr. **Barkhausen** befürwortet die Vorlage.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Präsident Fürst **zu Stolberg** theilt mit, daß, da der Antrag Bender von 20 Mitgliedern unterschrieben sei, eine nochmalige Schlußberathung im Plenum stattfinden müsse.

§ 1 wird in der Kommissionsfassung mit dem Antrag Durant angenommen.

Durch § 2 wird das Kirchenverfassungsgesetz dahin abgeändert, daß, „bevor ein von einer Provinzialsynode oder von der Generalsynode beschlossenes Gesetz dem Könige zur Sanktion vorgelegt wird, die Erklärung des Staatsministeriums darüber herbeizuführen ist, ob gegen den Erlaß desselben von Staatswegen etwas zu erinnern sei." Nach dem Kirchenverfassungsgesetz mußte durch Erklärung des Staatsministeriums festgestellt werden, daß gegen das Gesetz von Staatswegen nichts zu erinnern sei, und außerdem mußte diese Feststellung in der Verkündigungsformel erwähnt werden. — § 2 wird angenommen, ebenso § 3.

Durch § 4 wird die Gesammtsumme der Umlagen für provinzielle und landeskirchliche Zwecke von 4 auf 6 Proz. der Gesammtsumme der Klassen- und Einkommensteuer der zur evangelischen Landeskirche gehörigen Bevölkerung erhöht.

Oberbürgermeister **Hammer** beantragt einen Zusatz, daß das Aufkommen aus dieser Erhöhung nur zur Unterstützung nothleidender evangelischer Gemeinden verwendet werden darf.

Dr. **Barkhausen** erklärt sich gegen den Antrag.

Der Antrag Hammer wird abgelehnt, § 4 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über den Zeitpunkt, wann die von Herrn Bender beantragte Schlußberathung stattfinden solle, wird darüber abgestimmt, ob die Berathung schon am Freitag stattfinden soll. Das Haus beschließt, daß die Berathung am Freitag stattfindet. Oberbürgermeister **Bender** zieht hiernach seinen Antrag auf nochmalige Schlußberathung zurück.

Dagegen macht Prinz **Schönaich-Carolath** darauf aufmerksam, daß das Haus trotzdem eine Sitzung am Freitag abhalten müsse gemäß seinem vorigen Beschluß.

Präsident Fürst Stolberg konstatirt, daß der Bendersche Antrag zurückgezogen ist, daß keine Sitzung beschlossen ist, daß nur noch die Abstimmung stattfinden muß. — Dieselbe ergiebt die Annahme der Vorlage. Nächste Sitzung unbestimmt.

Lokales.

Posen, 16. März.

g. **Theaternotiz.** Herr Robert Matthias vom Stadttheater in Posen, welcher vorigen Dienstag am Lobetheater in Breslau in dem Lustspiel: „Krieg im Frieden" als „Apotheker Hofmeister" (schüchterner Liebhaber) auftrat, ist, wie uns aus Breslau geschrieben wird, von dem Direktor des Lobetheaters, Witte-Wild, für die nächste Saison engagirt worden.

* **Eine Alarmirung** der Feuerwehr wurde in vergangener Nacht 3/4 12 Uhr nach der Kopernikusstraße dadurch herbeigeführt, daß aus dem Hofe eines Grundstückes daselbst verdächtiger Rauch aufstieg und der dort patrouillirende Schutzmann glaubte, es sei dort Feuer entstanden; doch war nichts Gefährliches zu entdecken, und rückte die Feuerwehr alsbald wieder ab.

* **Versetzung.** Der zweite Direktor des Landgerichts Ostrowo, Hahn, ist nach der „N. Pr. Ztg." an das Landgericht in Magdeburg versetzt.

p. **Aus Jersitz**, 16. März. Wie schon kurz erwähnt, haben die Deutschen gestern bei den Wahlen zur Gemeindevertretung einen glänzenden Sieg errungen. Die polnische Mehrheit in der Gemeindeversammlung ist damit definitiv beseitigt, da die Deutschen jetzt über 8 und die Polen über 7 Sitze verfügen.

Aus der Provinz Posen.

* **Meseritz**, 15. März. [Zur Wahl.] Die letztgenannten Zahlen über die Wahl sind folgende: Szymanski (Pole) 7250, von Dziembowski (Reichsp.) 4910, v. Mosch (Antis.) 3260, Dau (freis.) 35, zersplittert 205 Stimmen. — Das definitive Resultat dürfte vorgenannte Ziffern nur höchst unwesentlich noch verschieben. Es findet, wie wir bereits gestern meldeten, Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Polen und dem der Reichspartei statt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 15. März. Die deutsche Reformpartei hat im Reichstage Anträge betreffend die Eidesleistung und konfessionelle Eidesform eingebracht.

Kiel, 15. März. Das Schulschiff „Nixe" ist, von der ostamerikanischen Station heimkehrend, heute Mittag hier eingelaufen.

Straßburg i. Els., 15. März. Die Königin von England ist heute Vormittag um 10 Uhr hier eingetroffen und hat um 11 Uhr die Reise nach Florenz fortgesetzt.

München, 15. März. Die Kammer der Reichsräthe nahm nach langer Debatte den Antrag Auer, über den von Daller gestellten Antrag betreffs Duellunfugs zur Tagesordnung überzugehen, mit der Begründung an, daß die Staatsregierung heute durch den Ministerpräsidenten und den Justizminister entsprechenden Vollzug der Gesetze gegen das Duell zugesagt habe.

München, 15. März. [Kammer der Reichsräthe.] Bei Schluß der Sitzung wurde der Antrag Ratzingers, betreffend die Börsenreform, durch motivirte Tagesordnung erledigt. Die Anträge Dallers, betreffend den Handelsvertrag mit Rußland und die Aufhebung des Identitätsnachweises, werden als von der That sachen überholt, abgesetzt. Ueber Ratzingers Anträge, betreffend die Unfall- und Altersversicherung wird eine motivirte Tagesordnung beschlossen. Nächste Sitzung nach Ostern.

Wien, 15. März. Das Abgeordnetenhaus nahm das Budgetprovisorium an.

Rom, 14. März. Der „Italie" zufolge soll sich die Polizei auf der Spur der Urheber des Bombenattentats auf dem Monte Citorio befinden. Es sei festgestellt, daß der Zündholzverkäufer, der Zeuge des Attentats war, mit zwei Individuen gesprochen habe, welche das Kistchen mit der Bombe trugen. Diese Individuen hätten den Verkäufer dafür bezahlt, daß er das Kistchen vor dem Kammergebäude niederlege. Ueber diese Umstände soll ein Anarchist, der bei den Vorfällen am 1. Mai 1891 verhaftet worden war, Angaben gemacht haben. Bei diesem und anderen in der letzten Nacht verhafteten Anarchisten wurden Papiere über eine anarchistische Verschwörung und über den Plan eines Attentats in Rom vorgefunden. Eines der verhafteten Individuen wurde von dem Zündholzverkäufer agnoscirt.

Abbazia, 15. März. Die Kaiserin Auguste Viktoria unternahm mit den vier ältesten Prinzen im Laufe des Vormittags einen Spaziergang am Strandwege bis Volosca. Am Nachmittag empfing die Kaiserin den Besuch des Erzherzogs Josef, der Erzherzogin Clotilde und des Großherzogs von Toscana.

Fiume, 15. März. Der ungarische Dreimaster „Union" ist in der Nähe der Insel Kreta gesunken. Die Mannschaft rettete sich mittels eines Bootes und langte nach fünftägiger Fahrt auf Kreta an.

Paris 15. März. [Deputirtenkammer.] Der verlangte Kredit von einer Million für die Verstärkung der Garnisonen in Diego Suarez (Madagaskar) und auf der Insel Réunion wird bewilligt. Darauf wird die Debatte über die Verfassungsrevision wieder aufgenommen. Naquet bespricht in längerer Rede die verschiedenen Vorschläge und befürwortet das System einer einzigen Kammer, eines außerhalb des Parlaments gewählten Kabinets und der Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik. — Ministerpräsident Kasimir Périer betont die zwischen den Anhängern der Verfassungsrevision bestehende Uneinigkeit. Das Land erwarte keineswegs eine Verfassungsänderung, sondern vielmehr andere, dringendere Reformen. Der Augenblick sei für eine Abänderung der Verfassung wenig geeignet.

[Senat.] Senator Fabre brachte eine Vorlage ein, durch welche der 8. Mai als Nationalfeiertag zu Ehren der Jungfrau von Orleans erklärt wird.

Paris, 15. März. Eine große Menschenmenge umsteht die Madeleine-Kirche, doch wird der Platz durch Polizei frei gehalten. Die Explosion hat in dem vom äußeren Hauptthor und mehrflügeliger Innenthür gebildeten Raume stattgefunden; die Metallplatte des Opferstockes ist abgerissen, außerdem sind einige Scheiben zertrümmert. Die Panik unter den in der Kirche Anwesenden — es waren dies meistens Frauen — war groß, alle suchten zu fliehen, jedoch waren die Ausgänge bereits abgesperrt. Zwei verdächtig aussehende Flüchtlinge wurden festgenommen; die Menge versuchte dieselben zu lynchen. Zahlreiche Deputirte kamen aus dem Palais Bourbon, wo die starke Detonation vernommen worden war, nach der Madeleine herbeigeeilt. — Es bestätigt sich, daß das bei der Explosion in der Madeleine-Kirche getödtete Individuum der Urheber des Attentats war. Derselbe war um 2 Uhr 25 Min. in die Kirche eingedrungen und wollte wahrscheinlich die Bombe im Innern niederlegen. Um 4 Uhr sollte eine Predigt stattfinden. Die Person muß an einen Thürpfeiler angestoßen sein, wodurch jedenfalls die Explosion hervorgerufen wurde. Obgleich der Leichnam in Folge der erlittenen Verletzungen fast unkenntlich ist, glaubt der Polizei-Präfekt doch, daß derselbe dem Signalement der Person entspricht, welche die Bomben in den Hotels der rue St. Jacques und der rue du Faubourg St. Martin niedergelegt hatte. Eine bei der Leiche vorgefundene Brieftasche enthielt zahlreiche Papiere und eine Photographie Ravachol's. Andere Personen sind durch die Explosion nicht verletzt worden; der sonst angerichtete Schaden ist unbedeutend. Eine Person, welche im Augenblicke des Attentats die Flucht ergriff, wurde in der Umgebung der Madeleine-Kirche verhaftet.

Lissabon, 15. März. Der Minister des Auswärtigen hat seine Entlassung genommen.

Kopenhagen, 15. März. Der Folkething nahm den agrarfreundlichen Antrag der Partei der Linken an, der Staat solle aus dem Ueberschuß des Budgets pro 1894/95 die Hälfte der amtskommunalen Steuern bezahlen, um den landwirthschaftlichen Steuerzahlern die Steuerlast zu erleichtern. Der bezügliche Betrag dürfte sich voraussichtlich auf 2½ Millionen Kronen belaufen. Die Rechte stimmte getheilt.

Christiania, 15. März. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Storthings legte eine Denkschrift vor, welche darlegt, daß der Storthing nicht vor Ende Juni geschlossen werden könne.

Bukarest, 15. März. [Deputirtenkammer.] Bei der Fortsetzung der Berathung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn hob der Minister des Auswärtigen Lahovari wiederholt die Vortheile des Vertrages hervor. Die Kammer beschloß mit 62 gegen 21 Stimmen, auf die Spezialdebatte einzugehen.

Belgrad, 15. März. Das „Amtsblatt" bespricht die Antwort des österreichischen Ministerpräsidenten Fürsten v. Windischgrätz auf die Interpellation des Abgeordneten Biankini und betont, die maßgebenden serbischen Kreise ständen den in Umlauf gesetzten Mobilisirungsgerüchten vollständig fern und wären durch die erwähnten Gerüchte ebenso überrascht und unangenehm berührt worden, wie die übrige politische Welt.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 16. März, Morgens.

Die von den Anarchisten für den 18. März vorbereitete rothe Festnummer der Zeitung „Socialist" ist in ihrer ganzen Auflage beschlagnahmt worden.

Kiel, 16. März. Gestern Nachmittag überreichte der Viceadmiral Köster auf dem Flaggschiff „Baden" dem Maschinenpersonal der „Brandenburg", welches sich bei der Katastrophe durch seine Unerschütterlichkeit auszeichnete, Ordensdekorationen.

Rom, 16. März. Die Finanzkommission hat die Arbeiten beinahe beendet. Ein Einvernehmen mit der Regierung scheint wahrscheinlich, da die Kommission einige Regierungsentwürfe gebilligt haben soll, wie z. B. die Erhöhung des Satzpreises des Getreidezolles und der Alkoholsteuer. Bezüglich der Grundsteuer genehmigte die Kommission nur ein Zehntel. Die „Nat.-Ztg." versichert außerdem, die Finanzkommission habe fast einstimmig die Erhöhung der Couponsteuer der italienischen Rente abgelehnt.

Petersburg, 16. März. Die Aufträge an die deutschen Eisenbahnwerke im Falle eines Zustandekommens des Handelsvertrages betragen nach einer Meldung der „Voss. Ztg." bereits 4 Millionen Rubel.

Paris, 16. März. Die Polizei glaubt in dem Urheber des Bomben-Attentates in der Madelainekirche den ausgewiesenen 40jährigen aus Belgien gebürtigen Anarchisten Pauwels zu erkennen. Ein an seine Mutter gerichteter aufgefundener Brief wird zur Feststellung der Identität dienen.

Paris, 16. März. Wie mitgetheilt wird, soll der Bombenwerfer Pauwels ein intimer Freund von Paul Reclus gewesen sein. Die Besitzer der Hotels in der Rue St. Jacques und in der Rue du Faubourg St. Martin haben in der Leiche des Thäters nicht den Urheber der betreffenden beiden Bombenattentate erkannt, drei nach der Explosion verhaftete Individuen sind ein Kammerdiener Roquet, ein Gärtner Saguet und ein Straßenverkäufer Maurel. Letzterer kam mit einer tiefen Schenkelwunde in eine Apotheke und gab an, er habe sich beim Uebersteigen des Gitters der Madelainekirche verletzt. Bei dem Verhör verwickelte er sich in Widersprüche.

3. Klasse 190. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 15. März 1894. — 4. Tag Vormittag.
Nur die Gewinne über 155 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

173 201 326 39 510 24 (300) 62 633 75 723 78 848 **1** 012 114 93 273 476 622 62 864 936 **2** 011 292 321 28 34 415 85 90 518 95 633 56 718 (1500) 77 801 27 **3** 132 63 274 89 434 74 518 627 718 20 828 **4** 113 16 44 45 57 73 326 95 413 585 914 18 28 **5** 163 205 22 443 530 41 602 881 911 37 **6** 430 58 88 512 98 644 84 89 710 56 90 **7** 006 88 508 82 692 802 904 **8** 077 196 303 502 645 834 901 (200) 3 **9** 045 50 52 93 143 79 258 493 94 96 560 73 707 32 75 836 (300) 70

10 108 (200) 230 74 313 40 492 560 667 763 **11** 044 144 398 526 756 913 **12** 006 96 156 81 276 387 413 89 636 81 768 869 926 **13** 115 417 529 44 600 871 911 27 44 91 **14** 073 75 (300) 99 242 70 442 90 599 699 731 36 92 910 18 38 **15** 151 34 303 442 714 801 **16** 113 217 35 44 86 400 29 44 89 659 74 768 72 75 **17** 043 78 102 212 83 328 (300) 69 486 522 661 794 825 908 36 60 86 **18** 010 314 26 56 511 41 (300) 58 97 632 700 25 855 904 20 50 86 **19** 053 56 66 82 217 489 553 755 845

20 070 140 279 314 54 660 790 952 61 **21** 015 71 102 22 29 80 258 82 310 40 420 31 69 86 664 831 927 **22** 203 40 352 60 484 522 36 620 52 720 871 940 **23** 044 88 144 271 420 555 743 **24** 125 257 67 328 59 549 692 **25** 004 443 77 515 17 56 782 820 940 83 **26** 041 100 22 297 391 426 619 64 79 701 68 939 **27** 066 84 94 126 96 290 93 363 650 88 89 705 33 819 99 953 **28** 030 (**30000**) 616 43 779 851 **29** 191 319 86 463 77 86 592 625 700 37 (300) 825 940

30 124 324 29 540 683 787 876 **31** 111 234 312 30 390 506 11 701 816 26 **32** 089 426 800 91 923 80 **33** 172 209 320 41 44 96 572 738 992 **34** 105 30 215 86 506 35 600 3 40 818 969 **35** 011 308 (1500) 11 (200) 26 442 521 790 952 **36** 074 127 81 256 403 43 44 642 726 897 **37** 258 423 553 85 683 703 58 820 39 **38** 105 200 43 327 31 84 448 67 70 713 825 44 49 **39** 099 160 77 224 310 81 402 87 684 751 810

40 064 285 87 394 589 631 35 913 39 **41** 024 43 54 63 268 86 331 724 894 971 **42** 046 49 137 356 550 75 742 **43** 041 137 98 259 428 50 513 643 89 977 **44** 370 452 514 22 51 59 63 74 (500) 98 955 74 **45** 079 (200) 191 352 76 507 620 69 706 35 **46** 162 305 72 92 426 37 909 43 **47** 017 42 111 99 224 446 72 746 809 95 **48** 039 201 48 81 411 621 724 830 **49** 115 63 323 451 557 719 73

50 011 167 205 320 42 43 97 411 15 66 93 554 605 832 904 11 20 30 47 **51** 130 386 409 64 509 680 730 86 869 **52** 050 297 324 516 795 90 825 42 67 76 914 **53** 127 213 492 547 680 703 22 976 **54** 082 102 8 81 216 21 22 319 27 581 94 631 90 707 87 96 914 54 64 **55** 046 213 447 551 87 729 63 (300) 69 **56** 092 96 151 230 467 92 555 607 972 **57** 012 42 64 69 120 23 24 53 244 304 59 439 594 694 925 **58** 004 170 256 391 665 732 56 78 866 922 56 **59** 051 189 91 380 93 410 97 637 802 19 35 905 59

60 040 47 273 565 760 897 900 **61** 003 75 (200) 240 320 61 478 710 64 946 **62** 205 90 432 647 (200) 974 **63** 153 73 284 459 577 616 32 60 807 **64** 030 215 411 534 51 660 709 **65** 137 (300) 94 270 302 76 88 450 67 544 648 720 805 **66** 060 127 38 255 668 879 942 52 **67** 094 124 64 68 212 82 335 425 54 91 641 44 795 97 843 57 (500) 957 **68** 514 61 **69** 118 517 52 657

70 046 130 282 496 523 722 82 (200) 804 41 80 **71** 013 51 72 176 230 46 84 446 **72** 006 9 23 35 94 118 208 (200) 392 417 77 543 638 52 53 722 819 47 63 974 **73** 047 75 264 313 36 405 52 98 556 603 56 737 858 **74** 070 154 95 458 63 539 636 46 964 **75** 003 151 95 303 27 78 97 472 86 506 630 712 15 57 824 **76** 177 211 74 92 330 63 467 79 635 72 731 943 54 **77** 118 32 63 213 412 (200) 765 79 997 **78** 017 27 33 47 123 226 614 852 916 **79** 096 272 318 42 (300) 454 93 568 612 83 (300) 712 835 920

80 233 48 346 420 96 602 14 748 **81** 054 79 104 234 69 588 603 718 969 **82** 139 40 297 363 461 73 662 75 822 **83** 045 91 209 326 63 506 24 67 (200) 689 744 802 81 **84** 342 443 519 48 607 713 **85** 053 122 490 549 778 947 **86** 061 172 231 369 437 51 94 628 739 892 **87** 078 222 404 613 31 84 703 7 99 813 973 **88** 074 109 51 332 406 800 2 77 96 921 **89** 010 483 531 (300) 611 731 57 892

90 109 264 476 93 526 37 663 73 91 725 37 852 72 943 **91** 016 27 28 164 235 42 49 400 836 53 **92** 042 319 452 96 931 59 **93** 018 28 334 493 727 45 816 (200) **94** 070 518 618 68 730 802 48 927 34 953 **95** 094 128 36 662 799 849 986 **96** 193 247 307 404 636 723 849 902 **97** 102 5 71 82 236 56 352 558 61 655 60 89 **98** 072 103 16 49 887 525 716 51 **99** 103 96 361 416 54 88 96 534 820 49

100 370 622 719 38 (1500) 819 82 916 92 **101** 422 29 94 519 645 986 **102** 033 183 207 40 655 800 **103** 035 199 204 (200) 33 330 34 65 410 532 64 839 64 914 **104** 078 544 618 22 711 75 956 **105** 034 84 104 234 409 803 16 **106** 052 224 366 741 838 40 **107** 064 235 62 307 13 433 62 826 57 931 35 **108** 018 29 182 329 443 55 554 72 891 **109** 086 126 36 80 261 76 334 92 457 584 858 70 917

110 027 340 74 95 410 551 688 952 81 93 **111** 204 22 38 339 442 83 630 847 71 96 **112** 012 192 446 742 96 815 74 917 22 47 95 **113** 112 85 245 308 34 485 527 63 625 814 **114** 034 90 184 277 514 694 705 910 **115** 006 19 550 60 72 724 891 902 8 92 **116** 066 105 168 71 303 29 34 557 604 746 883 909 **117** 073 122 78 256 76 321 474 648 731 926 83 **118** 184 420 552 722 926 99 **119** 254 343 55 585 611 81 726 73

120 071 263 87 350 88 457 526 863 75 907 93 **121** 053 127 428 52 524 659 762 890 **122** 251 359 434 (200) 45 633 764 69 933 80 **123** 098 121 79 470 693 853 **124** 022 54 193 (300) 219 65 334 718 877 953 **125** 086 306 86 417 85 552 686 880 987 **126** 013 286 89 452 99 503 12 19 656 810 943 99 **127** 127 76 77 230 (200) 49 98 375 89 475 91 618 801 **128** 013 27 113 308 45 51 70 410 511 757 70 809 905 32 82 **129** 111 551 636 819 53 913 58

130 024 123 632 836 935 **131** 005 126 296 318 (200) 580 732 **132** 026 94 278 79 88 311 (200) 487 876 973 **133** 009 198 291 307 45 532 (200) 613 34 (5000) 71 94 728 93 (200) **134** 072 74 148 50 382 427 53 64 561 625 99 776 810 916 34 **135** 005 150 257 73 317 55 98 443 82 696 725 36 63 826 931 44 56 **136** 105 389 428 29 701 37 42 90 919 39 **137** 062 308 94 834 **138** 153 75 (200) 218 35 326 66 444 568 69 688 92 725 44 99 894 940 70 **139** 264 93 360 61 451 615 708 14 (200) 840 54 82 913 43

140 493 621 24 719 50 62 **141** 274 570 852 908 **142** 085 293 406 81 731 46 915 **143** 479 655 920 56 **144** 032 44 65 137 213 53 360 610 720 87 817 49 916 **145** 052 95 98 135 235 36 63 357 (500) 580 742 825 47 987 **146** 061 (500) 103 371 92 472 95 511 23 68 685 871 930 56 98 **147** 018 82 158 365 436 71 538 627 36 711 19 **148** 124 50 220 50 (200) 70 375 417 33 529 672 706 70 926 57 **149** 095 322 527 728 866

150 121 54 206 74 523 62 724 34 809 **151** 029 393 417 526 58 78 746 815 38 941 (200) 72 **152** 162 288 342 67 92 509 72 (500) 98 743 59 807 29 928 52 **153** 003 22 158 67 77 93 94 255 429 (300) 755 75 830 33 80 99 902 **154** 140 332 450 615 744 79 81 **155** 024 102 11 25 224 314 565 674 849 92 **156** 011 68 154 228 85 365 76 431 539 77 **157** 127 (3000) 220 411 502 82 603 740 770 812 14 85 **158** 010 202 313 423 80 584 734 37 888 **159** 167 68 281 488 510 664

160 150 213 412 602 823 933 (200) **161** 137 67 303 412 44 87 679 729 58 871 **162** 160 300 36 81 412 26 513 92 670 774 81 903 **163** 019 22 174 273 302 506 89 635 731 34 814 **164** 125 45 215 532 590 676 889 955 83 **165** 049 65 119 45 56 85 235 57 404 83 686 705 721 **166** 040 161 241 49 515 68 634 805 **167** 198 300 863 93 978 **168** 039 (300) 364 427 33 60 633 808 **169** 554 72 658 734 86 90

170 163 223 331 467 537 51 81 892 918 **171** 114 405 39 559 66 610 772 807 **172** 014 15 168 201 376 93 97 432 67 574 640 787 817 **173** 012 120 278 331 761 916 45 **174** 010 270 349 452 71 706 44 81 830 **175** 041 191 242 404 15 62 617 63 72 764 847 940 99 **176** 138 318 405 48 50 524 608 30 58 (200) 66 75 878 **177** 131 309 514 621 44 80 829 52 **178** 064 95 110 50 203 24 26 461 519 (200) 621 746 907 53 958 **179** 173 205 75 544 681 729 817 38 941 52

180 273 (500) 389 679 781 809 34 82 89 **181** 073 281 363 424 (200) 592 728 831 32 43 **182** 006 154 98 255 558 689 750 928 31 **183** 186 89 360 425 45 543 659 76 723 842 77 918 24 **184** 009 220 (500) 317 72 86 748 69 845 **185** 057 71 272 (200) 366 505 24 722 810 **186** 136 59 376 481 681 959 67 71 **187** 006 23 65 245 528 715 859 91 **188** 038 270 375 502 86 610 51 772 923 **189** 028 153 59 312 22 584 683 730 69 79 (1500) 992

190 186 313 82 466 634 49 57 948 **191** 003 42 123 254 307 593 **192** 021 120 53 255 337 80 409 36 54 743 68 850 929 31 **193** 009 65 66 109 319 503 8 **194** 114 227 61 345 455 72 879 913 51 **195** 078 159 335 76 408 522 706 30 895 917 39 **196** 021 64 88 383 645 781 838 43 92 985 95 **197** 060 306 73 423 25 562 629 48 709 802 61 983 **198** 194 248 423 50 612 797 860 961 **199** 049 319 525 553 94 646 728 33 (200) 96 863 92 953 78

200 431 88 511 51 763 76 92 (200) 814 (500) 89 **201** 122 69 243 448 709 16 23 41 68 842 65 977 **202** 052 84 173 214 15 33 95 360 486 621 87 90 856 920 35 **203** 077 154 264 80 346 732 92 894 (200) 920 23 40 **204** 017 202 301 437 604 14 753 864 **205** 058 181 95 354 55 439 615 (300) 716 (200) 87 856 **206** 084 348 93 422 568 610 619 752 920 **207** 044 84 125 350 589 638 718 (300) 886 937 **208** 184 415 545 64 619 796 908 46 95 **209** 111 224 350 75 401 536 86 663 954 99

210 048 147 64 288 (200) 351 411 523 800 59 **211** 081 254 346 (300) 53 458 61 538 96 818 **212** 028 82 88 337 75 85 407 515 94 796 825 47 (200) 922 64 **213** 039 49 55 537 61 696 712 882 912 **214** 034 122 (200) 77 90 224 45 (200) 81 337 92 430 37 45 62 95 663 (200) 713 44 967 **215** 030 43 304 508 10 74 603 707 60 74 808 35 956 98 **216** 053 116 71 97 310 408 500 18 88 734 (300) 72 **217** 165 339 524 751 955 **218** 070 262 415 33 526 55 604 50 90 741 60 824 905 65 **219** 027 250 355 518 87 659 912 66 91

220 008 24 50 331 531 632 82 924 **221** 115 58 273 570 647 787 740 50 75 **222** 225 314 27 466 624 32 707 50 848 904 **223** 119 334 378 487 960 **224** 043 66 (500) 104 392 457 525 (500) 621 709 21 23 848 75 98 976 **225** 062 156 79 270 94 304 95 (200) 526 35 (200) 76

treue der Richter volles Vertrauen haben. Ein Urtheil können wir überhaupt hier nicht fällen auf Grund einseitiger Mittheilung. Der Antrag kann nur verstanden werden dahin, daß die Justizverwaltungen der einzelnen Länder die Staatsanwaltschaften anweisen, in der Erhebung der Anklage wegen groben Unfugs vorsichtiger zu sein. Das ist aber nicht nöthig, denn das, womit die Herren ihren Antrag begründen, ist eigentlich etwas selbstverständliches. (Abg. Bebel: Für die sächsischen Gerichte nicht!)

Abg. **Rintelen** (Ctr.): Der Reichstag hat als solcher keine Befugniß zu urtheilen, ob eine Rechtsprechung der Gerichte richtig ist oder nicht. Ein Beschluß des Reichstages darüber, wie § 43 der Gewerbeordnung ausgelegt werden soll, ist nicht möglich. Der Antrag kann gar keinen anderen Zweck haben, als die Kompetenz des Reichstages zu überschreiten. Welche „Anordnungen" können denn überhaupt getroffen werden, um auf die Auslegung der Gerichte einzuwirken? Ich bitte den Antragsteller, den Antrag mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses zurückzuziehen.

Abg. **Zimmermann** (Antis.): Die Sozialdemokraten benutzen die Gelegenheit, um gegen uns Antisemiten ein Denunziatiönchen loszulassen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Freiheit der Sozialdemokraten besteht in der Boykottirung, wodurch Existenzen untergraben werden. Wir sind bei unserer Agitation ausgegangen von nationalen und wirthschaftlichen Gründen. (Lachen links.) Die Plack und Schwennhagen sind von der deutschen Reformpartei von Anfang an ausgeschlossen gewesen. Wir verwahren uns gegen die Zumuthung, daß diese Leute zu uns gehören. Bei den Glößschen Bilderbogen handelt es sich um ein Privatunternehmen. Glöß hat schon hundert Prozesse gehabt, ist aber nur einmal mit 3 Mark bestraft worden. Das beweist, daß viel Wahres in den von ihm verlegten Schriften ist. Weit entfernt, daß zweierlei Buchführung zu Ungunsten der Sozialdemokratie getrieben wird, läßt man in Sachsen viel zu viel den Sozialdemokraten durchgehen. (Unruhe links.) Es müßte im Gegentheile viel schärfer gegen die Sozialdemokraten vorgegangen werden. Anarchistische Versammlungen sind in Leipzig erlaubt worden, Ahlwardt aber ist die Abhaltung von Versammlungen verboten worden. Wir stimmen indeß für den Antrag, weil wir selbst die Zurücksetzung in politischer Beziehung erfahren haben. Wenn man allerdings die Befürwortung dieses Antrages hört, so glaubt man, die Herren wollen sich den Juden in Sachsen wieder als Schützer empfehlen.

Inzwischen ist ein Antrag Hammacher-Roeren eingegangen: In Erwägung, daß die Auslegung des Reichsgesetzes verfassungsmäßig den Gerichten zusteht und in fernerer Erwägung, daß eine Aenderung in der Deklaration bestehender Gesetze nur durch die Gesetzgebung erfolgen kann, über den Antrag Auer zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. **Enneccerus** (ntl.) befürwortet den Antrag Hammacher. Auch wir wenden uns gegen eine zu weite Auslegung der Groben-Unfug-Paragraphen. Aber wir haben im Reichstag kein Recht, uns eine Jurisdiktion über das oberste Gericht anzumaßen. Eine Aenderung der Gesetzgebung kann nur durch Uebereinstimmung des Bundesrathes und des Reichstags vorgenommen werden. Was würden die Sozialdemokraten sagen, wenn der Bundesrath erklärte, eine Gerichtsentscheidung zu Gunsten der Sozialdemokraten wäre unrichtig? Dann würde ein großes Geschrei über den Eingriff in die Freiheit erhoben worden sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Auer**: Nachdem unsere Beschwerden hier im Hause theils mehr theils weniger entschieden als berechtigt anerkannt worden sind, ziehe ich meinen Antrag zurück mit dem Vorbehalt, ihn später und in besserer Form wieder einzubringen.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp. zur Geschäftsordnung): Die Ausführungen des Vorredners sind durchaus nicht von allen Seiten gebilligt worden. Mit mir giebt es noch viele Abgeordnete, die ganz entgegengesetzter Meinung sind.

Abg. **Auer**: Von allen Seiten des Hauses habe ich gar nicht gesprochen. Daß Frhr. v. Stumm nicht unsere Beschwerden als berechtigt anerkennen wird, das ist selbstverständlich.

Der Etat wird genehmigt.

Beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern bringt beim Titel „Brausteuer"

Abg. **Lutz** (dk.) die Vorwürfe zur Sprache, welche anläßlich der Berathung des Handelsvertrages vom Abg. Rösicke gegen ihn erhoben worden seien. Er sei seit 14 Jahren Brauereibesitzer (Rufe: zur Sache). Redner beklagt die Zunahme der Verwendung von Reis bei der Bierbereitung, die sich aus der amtlichen Statistik für 1892/93 ergebe. Die Behauptung des Abg. Rösicke, es würde zur Bierbereitung kein Surrogat verwendet, ist also unrichtig. Uebrigens hat seit meiner damaligen Rede der Verbrauch an Surrogaten abgenommen.

Abg. **Rösicke** (lib.): Auch ich beklage die Verwendung von Surrogaten. Ich habe den Abg. Lutz nicht angegriffen, weil er die Verwendung von Surrogaten zur Sprache brachte, sondern weil er die dunkle Farbe des Bieres lediglich von der Verwendung von Zuckerkouleur herleitete. Er sprach sogar von „ekelerregenden Zuckerabfällen". Ich überlasse dem Hause das Urtheil darüber, ob es korrekt und nobel ist, wenn ein süddeutscher Brauer nach Berlin kommt, ein Glas Bier hier trinkt und dann das Bier schlecht macht. Die Rede, die Abg. Lutz gehalten hat, fiel auf das Ende des Etatsjahres 1892/93, sie konnte also auf die Verwendung von Surrogaten in diesem Etatsjahre wirklich keine Wirkung haben. (Heiterkeit.) Weiß Herr Lutz nicht, daß ich mit dem Abg. Goldschmidt einen Antrag auf Verbot der Surrogate eingebracht habe? Die heutige Rede des Herrn Lutz hat nichts dazu beigetragen, seinen Ruf als Brauer zu erhöhen. (Heiterkeit.) Wir überlassen es den Rechten, seinen Werth als Brauer noch weiter hervorzuheben, wir Brauer bedanken uns für solches Spezimen. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. **Wurm** (S.-D.) beklagt die Verwendung von Surrogaten, unter welcher der Biertrinker leide. Die Verwendung von Surrogaten müsse verboten werden. (Vizepräsident Frhr. **v. Buol** ruft den Redner zur Sache.) Wir werden jedenfalls einen entsprechenden Antrag stellen.

Der Etat wird genehmigt.

Zum Postetat wird ein Antrag Dr. Bürklin angenommen, der die Stelle eines Hilfsarbeiters in der Leitung der Postverwaltung durch die eines vortragenden Raths ersetzen will.

Abg. Dr. **Müller** (Sagan, Freis. Volksp.) protestirt gegen einen im Laufe der Debatte hierüber seitens des Frhrn. v. Stumm gefallenen Ausdruck, die Streichungen der Kommission und des Plenums seien eine flagrante Ungerechtigkeit. Die Kommission habe sich bei ihrer Entscheidung nur von sachlichen Motiven leiten lassen. Es könne auch gar nicht die Rede davon sein, daß ein „hochverdienter Beamter" zurückgesetzt sei. Staatssekretär Dr. v. Stephan habe in der Budgetkommission ausdrücklich betont, daß noch kein bestimmter Beamter für die beantragte Unterstaatssekretärstelle ins Auge gefaßt sei.

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.) bittet dringend, die von der Kommission beantragte Resolution anzunehmen: den Reichskanzler zu ersuchen, in eine Prüfung der Frage eintreten zu wollen, inwieweit die dienstliche Stellung der Post- und Telegraphenassistenten und der Postverwalter verbessert, insbesondere eine Gleichstellung mit den Militäranwärtern in der Zulassung zum Sekretärsexamen und eine Beschleunigung in der definitiven Anstellung derselben durchgeführt werden kann.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) stellt als Bedingung des Aufrückens der Zivilanwärter vom Postassistenten zum Postsekretär die Ablegung einer besonderen Prüfung auf und behauptet, die aus dem Zivilanwärterstande hervorgegangenen Postassistenten ständen an Bildung weit hinter den als Militäranwärter Angestellten zurück, da diese alle Offiziere gewesen seien.

Abg. Graf **Oriola** (ntl.) wünscht eine Ausdehnung der Resolution auf die Postverwaltung.

Abg. **Müller**-Sagan tritt dem Abg. v. Kardorff entgegen. Nicht aus dem Offizier-, sondern aus dem Unteroffizierstande gehen die Militäranwärter für die Postassistenten-Laufbahn hervor. Die Zivilanwärter seien in ihrer großen Mehrzahl ihren militärischen Konkurrenten im Postassistentenfach mindestens gleichgestellt oder überlegen. Deshalb sei die Resolution durchaus berechtigt. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Hammacher** schließt sich diesen Ausführungen an und tritt gleichfalls für die Resolution ein.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Rechten angenommen. — Der Postetat wird genehmigt.

Zum gesammten Etat beantragen die Abgg. Frhr. **v. Manteuffel** und Graf **Hompesch** folgende Resolutionen, den Reichskanzler zu ersuchen: 1. Bei den zur Vorlage kommenden Bauplänen auf eine größere Einfachheit in Bezug auf die Gestaltung der Façade und die innere Ausstattung der Gebäude hinwirken und Einschränkungen in Bezug auf die Ausdehnung des Baues und besonders theure Materialien — eintreten zu lassen. 2. Durch ein allgemeines Regulativ festzusetzen, welche Raumausdehnung eine Dienstwohnung für jede Dienststelle haben soll. — Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Das Etats- und Anleihegesetz werden angenommen. — Damit ist die dritte Lesung des Etats erledigt.

Die zum Etat eingegangenen Petitionen werden durch die Beschlußfassung zum Etat für erledigt erklärt.

Abg. **Merbach** (Rp.) bemerkt mit Bezug auf eine Eingabe von Postbeamten, die Sozialdemokraten sollten sich doch künftig nicht mehr hier als Anwälte der Postbeamten aufspielen.

Abg. **Bebel** erwidert, die von den Sozialdemokraten vorgebrachten Beschwerden seien durchaus begründet gewesen. Die Gegenvorstellungen der Beamten wiesen eine ganze Reihe erzwungener Unterschriften auf.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Dritte Lesung des deutsch-russischen Handelsvertrages; Gesammtabstimmung über den Etat.) Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom 15. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes.

Die Kommission beantragt eine Resolution, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Aenderung des bisherigen Verfahrens bei der Heranziehung der Betheiligten zu den Grunderwerbskosten bei dem Ausbau von Nebenbahnen in Erwägung zu ziehen.

Die Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Eine Petition in Bezug auf den Bau einer Eisenbahn Heilsberg-Mehlsack wird der Regierung als Material überwiesen, ebenso eine Petition des Fürsten zu Salm-Reifferscheidt auf Weiterführung der Linie Köln-Grevenbroich nach Gladbach.

Der Entwurf wird darauf nach kurzer Debatte angenommen.

Die Petition wegen Errichtung einer Haltestelle der Eisenbahn in Ahrenvölfeld wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso die Petition des Regierungsbaumeisters Schulze zu Hannover wegen Aenderung des Gesetzes über die Umzugskosten der Staatsbeamten; desgleichen die Petition des Berginvaliden Isken zu Eickel wegen Gewährung einer Pension.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr (dritte Berathung der Sekundärbahnvorlage und kleinere Vorlagen.) Schluß 12½ Uhr.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 15. März, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der **Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung** und des Gesetzes über die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie.

Nach § 1 des Entwurfs sollten Kirchengesetze, die Bestimmungen der Gemeinde- und Synodalordnung und der General-Synodalordnung, sowie der späteren zur Abänderung dieser Ordnungen erlassenen Gesetze abändern, der staatlichen Genehmigung nur bedürfen, wenn sie betreffen: die Selbstverwaltung der Angelegenheiten, durch Gemeinde-Kirchenrath und Gemeindevertretung, die Zusammensetzung des Gemeinde-Kirchenraths, die Zahl der Aeltesten (12—4), die Ernennung eines Aeltesten durch den Gemeindepatron, die Beurkundung der Gemeinde-Kirchenrathsbeschlüsse durch den Vorsitzenden, die Vertretung der Gemeinden durch den Gemeinde-Kirchenrath in vermögensrechtlicher Beziehung, die Rechte des Patrons bezüglich der Aufsicht über die Vermögensverwaltung, die Wahl und Stärke der Gemeindevertretung, die beschließende Mitwirkung mit dem Gemeinde-Kirchenrath, die Wahlberechtigung, die Zusammensetzung der Kreissynode und der Provinzialsynode, die Wahl derselben, die Nothwendigkeit der Zustimmung der Provinzialsynode zu provinziellen Kirchengesetzen, die Bewilligung der kirchlichen Ausgaben zu provinziellen Zwecken durch die Provinzialsynode und die Zustimmung des Konsistoriums zu denselben, die Synodalkasse, die Ausdehnung und Zusammensetzung der Generalsynode, den Erlaß landeskirchlicher Gesetze durch den König, die Bewilligung neuer Ausgaben zu landeskirchlichen Zwecken u. s. w.

Die Kommission beantragt, unter die einer staatlichen Genehmigung bedürfenden Abänderungsvorschläge einzubegreifen diejenigen, die betreffen die Bestimmung der Gemeindeordnung, daß der Gemeindekirchenrath die religiöse Erziehung der Jugend zu beachten hat, ohne daß ihm jedoch eine unmittelbare Einwirkung auf die Schule zusteht, ferner die, daß der Gemeindekirchenrath die Interessen der Gemeinden bei Parochialveränderungen zu vertreten hat, und endlich, daß in Städten mit mehreren Synodalkreisen auf das Zusammentreten mehrerer Kreissynoden zur Berathung gemeinsamer Angelegenheiten Bedacht zu nehmen ist.

Frhr. **v. Durant** stellt einen Antrag, welcher darauf ausgeht, daß eine etwaige Abänderung der Bestimmung über den Einfluß des Gemeindekirchenraths auf die Schule nicht der staatlichen Genehmigung bedarf (entgegen dem Kommissionsbeschluß, im Sinn der Vorlage.)

Die Herren **Hammer**, Dr. **Hinschius**, **Struckmann**, **Zelle** beantragen, daß die Nothwendigkeit der staatlichen Genehmigung zu etwaigen Abänderungen der Gemeindeordnung u. s. w. ausgedehnt wird auf weitere Bestimmungen (über die Vorlage hinaus). Die wichtigsten sind die über die Verwaltung der Kirchengebäude, über die Selbständigkeit der Wahlberechtigten, über das passive Wahlrecht für Gemeindevertretung und Gemeindekirchenrath, über die Entlassung der Aeltesten, Ergänzung der Gemeindeordnung durch Gemeindestatut u. s. w.

Oberbürgermeister **Struckmann**: Die Vorlage erfüllt zwar im Allgemeinen die Wünsche der Generalsynode. Ueber Einzelheiten hat sich aber diese Körperschaft nicht ausgelassen. Die Richtung innerhalb der evangelischen Kirche, die die kirchliche Gesetzgebung von der staatlichen unabhängig machen will, wird sich mit dem nicht begnügen, was ihr hier gewährt wird. So wird es allmählich zum Sprengen der kirchlichen Gemeinschaft kommen. Zahlreiche Austritte stehen bevor. Diese Partei will, daß die Kirche äußerlich unabhängig dastehe, sie bindet im Innern die Gewissen. Das Wesen der evangelischen Kirche ist aber dies, daß sie steht auf dem Evangelium und dann der Gewissens- und Glaubensfreiheit. Die große Mehrheit in der evangelischen Kirche wird, wenn jene Partei ihre Wünsche erfüllt sieht, dann nicht mehr der evangelischen Kirche angehören können. Darüber kann man nicht mehr zweifelhaft sein. Man zwingt die Leute, entweder zu heucheln oder ihre Gewissen zu verletzen. Dann ist die Kirche gesprengt. Sie sagen, das schadet nichts, jene können ja ihre eigene Gemeinschaft bilden. Nun, die Folge wird sein, daß unzählige freie Gemeinden entstehen. Dann wird es keine Landeskirche mehr geben. Ist Ihr Ideal ein Organismus nach katholischem Muster? Das wird geschehen, wenn die Grundlagen der Synodalordnung angetastet werden. Weshalb sollte es nicht gelingen, in unserer ernsten Zeit das Einigende mehr hervorzukehren, als das einseitige Parteiinteresse? Weshalb wollen Sie alle die, die auch Christen sind, zurückstoßen? Warum wollen Sie das Wesen der Kirche in Dinge legen, in die es Christus nicht gelegt hat? Warum immer das dogmatische Gezänk? Lassen wir das, wir werden die Kirche selbständiger machen als durch solche Gesetze.

Kultusminister Dr. **Bosse**: Die Gesichtspunkte des Vorredners sind nicht zutreffend. Diese Vorlage hat mit dem Gewissens- und Glaubenszwang nichts zu thun. Man zwingt auch nicht die Angehörigen der Kirche zum Heucheln oder zum Austritt. Die Anträge des verewigten Kleist-Retzow sind auf das richtige Maß beschränkt, und wenn Herr Struckmann gegen den Entwurf kämpft, als enthalte er die Kleist-Retzowschen Forderungen, kämpft er gegen Gespenster. Wenn man Herrn Struckmann nachgeben wollte, gäbe es überhaupt keine landeskirchliche Gesetzgebung mehr. Die Kirche läuft gerade dann Gefahr, wenn sie in Staatsfesseln gelegt wird. Im einzelnen Fall kann die Staatsregierung bei jedem Kirchengesetz sagen, hier liegt ein Staatsinteresse vor, wir hindern das Gesetz. Es ist wunderbar, wie man in diesem Gesetz die wildeste Reaktion, das finsterste Mittelalter hat sehen können. Wir haben uns verpflichtet gehalten, den Wünschen der kirchlichen Organe nachzugeben, so weit es das Staatsinteresse zuläßt. Uns thut eine Vereinfachung der Gesetzgebung noth. Wenn wir die Wünsche der Kirche schroff zurückwiesen, das wäre schroffe Bureaukratie. Selbst Prof. Beyschlag stimmt mit der Vorlage überein, die nicht eine Abschlagszahlung auf die Selbständigkeitsbestrebungen ist, sondern ihren Abschluß bildet. Sie ist aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß zwischen Staat und Kirche Frieden geschlossen werden muß. (Beifall.)

Frhr. **von Durant**: Die Vorlage erfüllt die doch sehr bescheidenen Wünsche der Generalsynode. Es wird aber noch viel geschehen müssen, ehe die evangelische Kirche hat, was sie gegenüber den Umsturzbestrebungen unserer Zeit bedarf. Auch wir halten die freie Forschung für eine große Errungenschaft der Lutherschen Reformation, aber sie muß sich in den Schranken der Offenbarung bewegen.

General **v. Stosch**: In der Gemeindeordnung ist ja dem Laienelement ein großer Spielraum gegeben. Aber thatsächlich haben die Pfarrer die Macht, und auf den Synoden haben sie den größten Einfluß. In der Agende ist das Glaubensbekenntniß als Gesetz für die Gemeinde festgestellt. Synoden, die solche Gesetze machen, sollte man nicht noch mehr Macht geben. Es ist viel wichtiger, daß der Geistliche mit der Gemeinde lebt, als daß er ein Glaubensbekenntniß vertheidigt. Man müßte den Pfarrer auf zwölf Jahre wählen. Dann würde er sich Mühe geben, mit der Gemeinde zu leben. Ich erachte die Einsetzung des Kirchenregiments für einen Fehler, weil die Geistlichen darin zu große Macht bekommen. Weil ich nicht will, daß die Hierarchie in der Kirche so große Macht bekommt, stimme ich gegen die Vorlage. (Beifall.)

Graf **Zieten-Schwerin** tritt für die Vorlage ein.

Dr. Hinschius: Es dreht sich darum, daß wir als Parlament einen Theil unserer Rechte aufgeben sollen. Wie das Gesetz wirken wird, kann man aus den Maßnahmen der kirchlichen Körperschaften schließen. Denselben Synoden, die einen Glaubenszwang, der der evangelischen Kirche zuwider ist, durch die Agende einführen wollen, sollen hier größere Rechte gegeben werden. Die Annahme dieser Vorlage wird außerhalb dieses Hauses den Eindruck machen, daß der Minister die extreme Partei in der Kirche unterstütze.

v. Bethmann-Hollweg: Ich glaube nicht, daß die Mehrheit auf den Synoden zu einer Vergewaltigung der Minderheit schreiten wird. Ob die Vorlage opportun ist, scheint mir zweifelhaft, weil sie eine Erhebung von 6 Prozent Steuern zuläßt. Eine Steuererhöhung kann gegenwärtig gerade der Kirche schaden. Im Uebrigen glaube ich, daß sie die kirchlichen Körperschaften stärken wird, und das ist gerade den subversiven Tendenzen der Gegenwart gegenüber nothwendig.

Oberbürgermeister **Bender** beantragt, nach Ostern eine nochmalige Schlußberathung über den Gegenstand eintreten zu lassen, damit sich die Mitglieder über die Gesetzgebung der 70er Jahre unterrichten könnten. Nach seinen Erfahrungen würden die kirchlichen Wahlen nicht von kirchlichen, sondern von politischen Parteien gemacht. Hier in Berlin bildeten die Antisemiten die orthodoxe Partei. Durch die neue Agende und dies Gesetz würden die gewissenhaften Leute aus der Kirche verdrängt. Die Einigkeit der Kirche bestehe doch nicht im Bekenntniß. Zu diesem Gesetz treibe kein Bedürfniß. Die Katholiken würden sich über die Annahme dieses Gesetzes freuen.

Dr. **Barkhausen** befürwortet die Vorlage.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Präsident Fürst **zu Stolberg** theilt mit, daß, da der Antrag Bender von 20 Mitgliedern unterschrieben sei, eine nochmalige Schlußberathung im Plenum stattfinden müsse.

§ 1 wird in der Kommissionsfassung mit dem Antrag Durant angenommen.

Durch § 2 wird das Kirchenverfassungsgesetz dahin abgeändert, daß, „bevor ein von einer Provinzialsynode oder von der Generalsynode beschlossenes Gesetz dem Könige zur Sanktion vorgelegt wird, die Erklärung des Staatsministeriums darüber herbeizuführen ist, ob gegen den Erlaß desselben von Staatswegen etwas zu erinnern sei." Nach dem Kirchenverfassungsgesetz mußte durch Erklärung des Staatsministeriums festgestellt werden, daß gegen das Gesetz von Staatswegen nichts zu erinnern sei, und außerdem mußte diese Feststellung in der Verkündigungsformel erwähnt werden. — § 2 wird angenommen, ebenso § 3.

Durch § 4 wird die Gesammtsumme der Umlagen für provinzielle und landeskirchliche Zwecke von 4 auf 6 Proz. der Gesammtsumme der Klassen- und Einkommensteuer der zur evangelischen Landeskirche gehörigen Bevölkerung erhöht.

Oberbürgermeister **Hammer** beantragt einen Zusatz, daß das Aufkommen aus dieser Erhöhung nur zur Unterstützung nothleidender evangelischer Gemeinden verwendet werden darf.

Dr. **Barkhausen** erklärt sich gegen den Antrag.

Der Antrag Hammer wird abgelehnt, § 4 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über den Zeitpunkt, wann die von Herrn Bender beantragte Schlußberathung stattfinden solle, wird darüber abgestimmt, ob die Berathung schon am Freitag stattfinden soll. Das Haus beschließt, daß die Berathung am Freitag stattfindet. Oberbürgermeister Bender zieht hiernach seinen Antrag auf nochmalige Schlußberathung zurück.

Dagegen macht Prinz **Schönaich-Carolath** darauf aufmerksam, daß das Haus trotzdem eine Sitzung am Freitag abhalten müsse gemäß seinem vorigen Beschluß.

Präsident Fürst **Stolberg** konstatirt, daß der Bendersche Antrag zurückgezogen ist, daß keine Sitzung beschlossen ist, daß nur noch die Abstimmung stattfinden muß. — Dieselbe ergiebt die Annahme der Vorlage. Nächste Sitzung unbestimmt.

Lokales.

Posen, 16. März.

g. **Theaternotiz.** Herr Robert Matthias vom Stadttheater in Posen, welcher vorigen Dienstag am Lobetheater in Breslau in dem Lustspiel: „Krieg im Frieden" als „Apotheker Hofmeister" (schüchterner Liebhaber) auftrat, ist, wie uns aus Breslau geschrieben wird, von dem Direktor des Lobetheaters, Witte-Wild, für die nächste Saison engagirt worden.

* **Eine Alarmirung** der Feuerwehr wurde in vergangener Nacht ³/₄12 Uhr nach der Kopernikusstraße dadurch herbeigeführt, daß aus dem Hofe eines Grundstücks daselbst verdächtiger Rauch aufstieg und der dort patrouillirende Schutzmann glaubte, es sei dort Feuer entstanden; doch war nichts Gefährliches zu entdecken, und rückte die Feuerwehr alsbald wieder ab.

* **Versetzung.** Der zweite Direktor des Landgerichts Ostrowo, Hahn, ist nach der „R. Pr. Ztg." an das Landgericht in Magdeburg versetzt.

p. **Aus Jersitz**, 16. März. Wie schon kurz erwähnt, haben die Deutschen gestern bei den Wahlen zur Gemeindevertretung einen glänzenden Sieg errungen. Die polnische Mehrheit in der Gemeindeversammlung ist damit definitiv beseitigt, da die Deutschen jetzt über 8 und die Polen über 7 Sitze verfügen.

Aus der Provinz Posen.

* **Meseritz**, 15. März. [Zur Wahl.] Die letztgenannten Zahlen über die Wahl sind folgende: Szymanski (Pole) 7250, von Dziembowski (Reichsp.) 4910, v. Mosch (Antis.) 3260, Dau (freis.) 35, zersplittert 295 Stimmen. — Das definitive Resultat dürfte vorgenannte Ziffern nur höchst unwesentlich noch verschieben. Es findet, wie wir bereits gestern meldeten, Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Polen und dem der Reichspartei statt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 15. März. Die deutsche Reformpartei hat im Reichstage Anträge betreffend die Eidesleistung und konfessionelle Eidesform eingebracht.

Kiel, 15. März. Das Schulschiff „Nixe" ist, von der ostamerikanischen Station heimkehrend, heute Mittag hier eingelaufen.

Straßburg i. Els., 15. März. Die Königin von England ist heute Vormittag um 10 Uhr hier eingetroffen und hat um 11 Uhr die Reise nach Florenz fortgesetzt.

München, 15. März. Die Kammer der Reichsräthe nahm nach langer Debatte den Antrag Auer, über den von Daller gestellten Antrag betreffs Duellunfugs zur Tagesordnung überzugehen, mit der Begründung an, daß die Staatsregierung heute durch den Ministerpräsidenten und den Justizminister entsprechenden Vollzug der Gesetze gegen das Duell zugesagt habe.

München, 15. März. [Kammer der Reichsräthe.] Bei Schluß der Sitzung wurde der Antrag Ratzingers, betreffend die Börsenreform, durch motivirte Tagesordnung erledigt. Die Anträge Dallers, betreffend den Handelsvertrag mit Rußland und die Aufhebung des Identitätsnachweises, werden als von den Thatsachen überholt, abgesetzt. Ueber Ratzingers Anträge, betreffend die Unfall- und Altersversicherung wird eine motivirte Tagesordnung beschlossen. Nächste Sitzung nach Ostern.

Wien, 15. März. Das Abgeordnetenhaus nahm das Budgetprovisorium an.

Rom, 14. März. Der „Italie" zufolge soll sich die Polizei auf der Spur der Urheber des Bombenattentats auf dem Monte Citorio befinden. Es sei festgestellt, daß der Zündholzverkäufer, der Zeuge des Attentats war, mit zwei Individuen gesprochen habe, welche das Kistchen mit der Bombe trugen. Diese Individuen hätten den Verkäufer dafür bezahlt, daß er das Kistchen vor dem Kammergebäude niederlege. Ueber diese Umstände soll ein Anarchist, der bei den Vorfällen am 1. Mai 1891 verhaftet worden war, Angaben gemacht haben. Bei diesem und anderen in der letzten Nacht verhafteten Anarchisten wurden Papiere über eine anarchistische Verschwörung und über den Plan eines Attentats in Rom vorgefunden. Eines der verhafteten Individuen wurde von dem Zündholzverkäufer agnoscirt.

Abbazia, 15. März. Die Kaiserin Auguste Viktoria unternahm mit den vier ältesten Prinzen im Laufe des Vormittags einen Spaziergang am Strandwege bis Volosca. Am Nachmittag empfing die Kaiserin die Besuche des Erzherzogs Josef, der Erzherzogin Clotilde und des Großherzogs von Toscana.

Fiume, 15. März. Der ungarische Dreimaster „Union" ist in der Nähe der Insel Kreta gesunken. Die Mannschaft rettete sich mittels eines Bootes und langte nach fünftägiger Fahrt auf Kreta an.

Paris 15. März. [Deputirtenkammer.] Der verlangte Kredit von einer Million für die Verstärkung der Garnisonen in Diego Suarez (Madagaskar) und auf der Insel Réunion wird bewilligt. Darauf wird die Debatte über die Verfassungsrevision wieder aufgenommen. Naquet bespricht in längerer Rede die verschiedenen Vorschläge und befürwortet das System einer einzigen Kammer, eines außerhalb des Parlaments gewählten Kabinets und der Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik. — Ministerpräsident Kasimir Périer betont die zwischen den Anhängern der Verfassungsrevision bestehende Uneinigkeit. Das Land erwarte keineswegs eine Verfassungsänderung, sondern vielmehr andere, dringendere Reformen. Der Augenblick sei für eine Abänderung der Verfassung wenig geeignet.

[Senat.] Senator Fabre brachte eine Vorlage ein, durch welche der 8. Mai als Nationalfeiertag zu Ehren der Jungfrau von Orleans erklärt wird.

Paris, 15. März. Eine große Menschenmenge umsteht die Madeleine-Kirche, doch wird der Platz durch Polizei frei gehalten. Die Explosion hat in dem vom äußeren Hauptthor und mehrflügeliger Innenthür gebildeten Raume stattgefunden; die Metallplatte des Opferstockes ist abgerissen, außerdem sind einige Scheiben zertrümmert. Die Panik unter den in der Kirche Anwesenden — es waren dies meistens Frauen — war groß, alle suchten zu fliehen, jedoch waren die Ausgänge bereits abgesperrt. Zwei verdächtig aussehende Flüchtlinge wurden festgenommen; die Menge versuchte dieselben zu lynchen. Zahlreiche Deputirte kamen aus dem Palais Bourbon, wo die starke Detonation vernommen worden war, nach der Madeleine herbeigeeilt. — Es bestätigt sich, daß das bei der Explosion in der Madeleine-Kirche getödtete Individuum der Urheber des Attentats war. Derselbe war um 2 Uhr 25 Min. in die Kirche eingedrungen und wollte wahrscheinlich die Bombe im Innern niederlegen. Um 4 Uhr sollte eine Predigt stattfinden. Die Person muß an einen Thürpfeiler angestoßen sein, wodurch jedenfalls die Explosion hervorgerufen wurde. Obgleich der Leichnam in Folge der erlittenen Verletzungen fast unkenntlich ist, glaubt der Polizei-Präfekt doch, daß derselbe dem Signalement der Person entspricht, welche die Bomben in den Hotels der rue St. Jacques und der rue du Faubourg St. Martin niedergelegt hatte. Eine bei der Leiche vorgefundene Brieftasche enthielt zahlreiche Papiere und eine Photographie Ravachol's. Andere Personen sind durch die Explosion nicht verletzt worden; der sonst angerichtete Schaden ist unbedeutend. Eine Person, welche im Augenblicke des Attentats die Flucht ergriff, wurde in der Umgebung der Madeleine-Kirche verhaftet.

Lissabon, 15. März. Der Minister des Auswärtigen hat seine Entlassung genommen.

Kopenhagen, 15. März. Der Folkething nahm den agrarfreundlichen Antrag der Partei der Linken an, der Staat solle aus dem Ueberschuß des Budgets pro 1894/95 die Hälfte der amtskommunalen Steuern bezahlen, um den landwirthschaftlichen Steuerzahlern die Steuerlast zu erleichtern. Der bezügliche Betrag dürfte sich voraussichtlich auf 2¹/₂ Millionen Kronen belaufen. Die Rechte stimmte getheilt.

Christiania, 15. März. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Storthings legte eine Denkschrift vor, welche darlegt, daß der Storthing nicht vor Ende Juni geschlossen werden könne.

Bukarest, 15. März. [Deputirtenkammer.] Bei der Fortsetzung der Berathung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn hob der Minister des Auswärtigen Lahovari wiederholt die Vortheile des Vertrages hervor. Die Kammer beschloß mit 62 gegen 21 Stimmen, auf die Spezialdebatte einzugehen.

Belgrad, 15. März. Das „Amtsblatt" bespricht die Antwort des österreichischen Ministerpräsidenten Fürsten v. Windischgrätz auf die Interpellation des Abgeordneten Blankini und betont, die maßgebenden serbischen Kreise ständen den in Umlauf gesetzten Mobilisirungsgerüchten vollständig fern und wären durch die erwähnten Gerüchte ebenso überrascht und unangenehm berührt worden, wie die übrige politische Welt.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 16. März, Morgens.

Die von den Anarchisten für den 18. März vorbereitete rothe Festnummer der Zeitung „Socialist" ist in ihrer ganzen Auflage beschlagnahmt worden.

Kiel, 16. März. Gestern Nachmittag überreichte der Viceadmiral Köster auf dem Flaggschiff „Baden" dem Maschinenpersonal der „Brandenburg", welches sich bei der Katastrophe durch seine Unerschütterlichkeit auszeichnete, Ordensdekorationen.

Rom, 16. März. Die Finanzkommission hat die Arbeiten beinahe beendet. Ein Einvernehmen mit der Regierung scheint wahrscheinlich, da die Kommission einige Regierungsentwürfe gebilligt haben soll, wie z. B. die Erhöhung des Satzpreises des Getreidezolles und der Alkoholsteuer. Bezüglich der Grundsteuer genehmigte die Kommission nur ein Zehntel. Die „Nat.-Ztg." versichert außerdem, die Finanzkommission habe fast einstimmig die Erhöhung der Couponsteuer der italienischen Rente abgelehnt.

Petersburg, 16. März. Die Aufträge an die deutschen Eisenbahnwerke im Falle eines Zustandekommens des Handelsvertrages betragen nach einer Meldung der „Voss. Ztg." bereits 4 Millionen Rubel.

Paris, 16. März. Die Polizei glaubt in dem Urheber des Bomben-Attentates in der Madelainekirche den ausgewiesenen 40jährigen aus Belgien gebürtigen Anarchisten Pauwels zu erkennen. Ein an seine Mutter gerichteter aufgefundener Brief wird zur Feststellung der Identität dienen.

Paris, 16. März. Wie mitgetheilt wird, soll der Bombenwerfer Pauwels ein intimer Freund von Paul Reclus gewesen sein. Die Besitzer der Hotels in der Rue St. Jacques und in der Rue du Faubourg St. Martin haben in der Leiche des Thäters nicht den Urheber der betreffenden beiden Bombenattentate erkannt, drei nach der Explosion verhaftete Individuen sind ein Kammerdiener Roquet, ein Gärtner Saguet und ein Straßenverkäufer Maurel. Letzterer kam mit einer tiefen Schenkelwunde in eine Apotheke und gab an, er habe sich beim Uebersteigen des Gitters der Madelainekirche verletzt. Bei dem Verhör verwickelte er sich in Widersprüche.

3. Klasse 190. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 15. März 1894. — 4. Tag Vormittag.

Nur die Gewinne über 155 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

173 201 326 39 510 24 (300) 62 633 75 723 78 848 **1** 012 114 93 273 476 622 62 864 936 **2** 011 292 321 28 34 415 85 90 518 95 633 56 718 (1500) 77 801 27 **3** 132 63 274 89 434 74 518 627 718 20 828 **4** 113 16 44 45 57 73 326 95 413 585 914 18 28 **5** 163 205 22 443 530 41 602 881 911 37 **6** 430 58 88 512 98 644 84 89 710 56 90 **7** 006 88 508 82 692 802 904 **8** 077 196 303 502 645 834 901 (200) 3 **9** 045 50 52 93 143 79 258 493 94 96 560 73 707 32 75 836 (300) 70

10 108 (200) 230 74 313 40 492 560 667 763 **11** 044 144 398 526 756 913 **12** 006 96 156 81 276 387 413 89 636 81 768 869 926 **13** 115 417 529 44 600 871 911 27 44 91 **14** 073 75 (300) 99 242 70 442 90 599 699 731 36 92 910 18 38 **15** 151 34 303 442 714 801 **16** 113 217 35 44 86 400 29 44 89 659 74 768 72 75 **17** 043 78 102 212 83 328 (300) 69 486 522 661 794 825 908 36 60 86 **18** 010 314 26 56 511 41 (300) 58 97 632 700 25 855 904 20 50 86 **19** 053 56 66 82 217 489 553 755 845

20 070 140 279 314 54 660 790 952 61 **21** 015 71 102 22 29 80 258 82 310 40 420 31 69 86 664 831 927 **22** 203 40 352 60 484 522 86 620 52 720 871 940 **23** 044 88 144 271 420 555 743 **24** 125 257 67 328 59 549 692 **25** 004 443 77 515 17 56 782 820 940 83 **26** 041 100 22 297 391 426 619 64 79 701 68 939 **27** 066 84 94 126 96 290 93 363 650 88 89 705 33 819 99 953 **28** 030 (**30 000**) 616 43 779 851 **29** 191 319 86 463 77 86 592 625 700 37 (300) 825 940

30 124 324 29 540 683 787 876 **31** 111 234 312 30 390 506 11 701 816 26 **32** 089 426 800 91 923 80 **33** 172 209 320 41 44 96 572 738 992 **34** 105 30 215 86 506 35 600 3 40 818 969 **35** 011 308 (1500) 11 (200) 26 442 521 790 952 **36** 074 127 81 256 403 43 44 642 726 897 **37** 258 423 553 85 683 703 58 820 39 **38** 105 200 43 327 31 84 448 67 70 713 825 44 49 **39** 099 160 77 224 310 81 402 87 684 751 810

40 064 285 87 394 589 631 35 913 39 **41** 024 43 54 63 268 86 331 724 894 971 **42** 046 49 137 356 550 75 742 **43** 041 137 98 259 428 50 513 643 89 977 **44** 370 452 514 22 51 59 63 74 (500) 98 955 74 **45** 079 (200) 191 352 76 507 620 69 706 35 **46** 162 305 72 92 426 37 909 43 **47** 017 42 111 99 224 446 72 746 809 95 **48** 039 201 48 81 411 621 724 830 **49** 115 63 323 451 557 719 73

50 011 167 205 320 42 43 97 411 15 66 93 554 605 832 904 11 20 30 47 **51** 130 386 409 64 509 680 730 86 869 **52** 050 297 324 516 795 90 825 42 67 76 914 **53** 127 213 492 547 680 703 22 976 **54** 082 102 8 81 216 21 22 319 27 581 94 631 90 707 87 96 914 54 64 **55** 046 213 447 551 87 729 63 (300) 69 **56** 092 96 151 230 467 92 555 607 972 **57** 012 42 64 69 120 23 24 53 244 304 59 439 594 694 925 **58** 004 170 256 391 665 732 56 78 866 922 56 **59** 051 189 91 380 93 410 97 637 802 19 35 905 59

60 040 47 273 565 760 897 900 **61** 003 75 (200) 240 320 61 478 710 64 946 **62** 205 90 432 647 (200) 974 **63** 153 73 284 459 577 616 32 60 807 **64** 030 215 411 534 51 660 709 **65** 137 (300) 94 270 302 76 88 450 67 544 648 720 805 **66** 060 127 38 255 668 879 942 52 **67** 094 124 64 68 212 82 335 425 54 91 641 44 795 97 843 57 (500) 957 **68** 514 61 **69** 118 517 52 657

70 046 130 282 496 523 722 82 (200) 804 41 80 **71** 013 51 72 176 230 46 84 446 **72** 006 9 23 35 94 118 208 (200) 392 417 77 543 638 52 53 722 819 47 63 974 **73** 047 75 264 313 36 405 52 98 556 603 56 737 858 **74** 070 154 95 458 63 539 636 46 964 **75** 003 151 95 303 27 78 97 472 86 506 630 712 15 57 824 **76** 177 211 74 92 330 63 467 79 635 72 731 943 54 **77** 118 32 63 213 412 (200) 765 79 997 **78** 017 27 33 47 123 226 614 852 916 **79** 096 272 318 42 (300) 454 93 568 612 83 (300) 712 835 920

80 233 48 346 420 96 602 14 748 **81** 054 79 104 234 69 588 603 718 969 **82** 139 40 297 363 461 73 662 75 822 **83** 045 91 209 326 63 506 24 67 (200) 689 744 802 81 **84** 342 443 519 48 607 713 **85** 053 122 490 549 778 947 **86** 061 172 231 369 437 51 94 628 739 892 **87** 078 222 404 613 31 84 703 7 99 813 973 **88** 074 109 51 332 406 800 2 77 96 921 **89** 010 483 531 (300) 611 731 57 892

90 109 264 476 93 526 37 663 73 91 725 37 852 72 943 **91** 016 27 28 164 235 42 49 400 836 53 **92** 042 319 452 96 931 59 **93** 018 28 334 493 727 45 816 (200) **94** 070 518 618 68 730 802 48 927 34 953 **95** 094 128 36 662 799 849 986 **96** 193 247 307 404 636 723 849 902 **97** 102 5 71 82 236 56 352 558 61 655 60 89 **98** 072 103 16 49 887 525 716 51 **99** 103 96 361 416 54 88 96 534 820 49

100 370 622 719 38 (1500) 819 82 916 92 **101** 422 29 94 519 645 986 **102** 033 183 207 40 655 800 **103** 035 199 204 (200) 33 330 34 65 410 532 64 839 64 914 **104** 078 544 618 22 711 75 956 **105** 034 84 104 234 409 803 16 **106** 052 224 366 741 838 40 **107** 064 235 62 307 13 433 62 826 57 931 35 **108** 018 29 182 329 443 55 554 72 891 **109** 086 126 36 80 261 76 334 92 457 584 858 70 917

110 027 340 74 95 410 551 688 952 81 93 **111** 204 22 38 339 442 83 630 847 71 96 **112** 012 192 446 742 96 815 74 917 22 47 95 **113** 112 85 245 308 34 485 527 63 625 814 **114** 034 90 184 277 514 694 705 910 **115** 006 19 550 60 72 724 891 902 8 92 **116** 066 105 168 71 303 29 34 557 604 746 883 909 **117** 073 122 78 256 76 321 474 648 731 926 83 **118** 184 420 552 722 926 99 **119** 254 343 55 585 611 81 726 73

120 071 263 87 350 88 457 526 863 75 907 93 **121** 053 127 428 52 524 659 762 890 **122** 251 359 434 (200) 45 633 764 69 933 80 **123** 098 121 79 470 693 853 **124** 022 54 193 (300) 219 65 334 718 877 953 **125** 086 306 86 417 85 552 686 880 987 **126** 013 286 89 452 99 503 12 19 656 810 943 99 **127** 127 76 77 230 (200) 49 98 375 89 475 91 618 801 **128** 013 27 113 308 45 51 70 410 511 757 70 809 905 32 82 **129** 111 551 636 819 53 913 58

130 024 123 632 836 935 **131** 005 126 296 318 (200) 580 732 **132** 026 94 278 79 88 311 (200) 487 876 973 **133** 009 198 291 307 45 532 (200) 613 34 (5000) 71 94 728 93 (200) **134** 072 74 148 50 382 427 53 64 561 625 99 776 810 916 34 **135** 005 150 257 73 317 55 98 443 82 696 725 36 63 826 931 44 56 **136** 105 389 428 29 701 37 42 90 919 39 **137** 062 308 94 834 **138** 153 75 (200) 218 35 326 66 444 568 69 688 92 725 44 99 894 940 70 **139** 264 93 360 61 451 615 708 14 (200) 840 54 82 913 43

140 493 621 24 719 50 62 **141** 274 570 852 908 **142** 085 293 406 81 731 46 915 **143** 479 655 920 56 **144** 032 44 65 137 213 53 360 610 720 87 817 49 916 **145** 052 95 98 135 235 36 63 357 (500) 580 742 825 47 987 **146** 061 (500) 103 371 92 472 95 511 23 68 685 871 930 56 98 **147** 018 82 158 365 436 71 538 627 36 711 19 **148** 124 50 220 50 (200) 70 375 417 33 529 672 706 70 926 57 **149** 095 322 527 728 866

150 121 54 206 74 523 62 724 34 809 **151** 029 393 417 526 58 78 746 815 38 941 (200) 72 **152** 162 288 342 67 92 509 72 (500) 98 743 59 807 29 928 52 **153** 003 22 158 67 77 93 94 255 429 (300) 755 75 830 33 80 99 902 **154** 140 332 450 615 744 79 81 **155** 024 102 11 25 224 314 565 674 849 92 **156** 011 68 154 228 85 365 76 431 539 77 **157** 127 (3000) 220 411 502 82 603 740 770 812 14 85 **158** 010 202 313 423 80 584 734 37 888 **159** 167 68 281 488 510 664

160 150 213 412 602 823 933 (200) **161** 137 67 303 412 44 87 679 729 58 871 **162** 160 300 36 81 412 26 513 92 670 774 81 903 **163** 019 22 174 273 302 506 89 635 731 34 814 **164** 125 45 215 532 590 676 889 955 83 **165** 049 65 119 45 56 85 235 57 404 83 686 705 721 **166** 040 161 241 49 515 68 634 805 **167** 198 300 863 93 978 **168** 039 (300) 364 427 33 60 633 808 **169** 554 72 658 734 86 90

170 163 223 331 467 537 51 81 892 918 **171** 114 405 39 559 66 610 772 807 **172** 014 15 168 201 376 93 97 432 67 574 640 787 817 **173** 012 120 278 331 761 916 45 **174** 010 270 349 452 71 706 44 81 830 **175** 041 191 242 404 15 62 617 63 72 764 847 940 99 **176** 138 318 405 48 50 524 608 30 58 (200) 66 75 878 **177** 131 309 514 621 44 80 829 52 **178** 064 95 110 50 203 24 26 461 519 (200) 621 746 907 53 958 **179** 173 205 75 544 681 729 817 38 941 52

180 273 (500) 389 679 781 809 34 82 89 **181** 073 281 363 424 (200) 592 728 831 32 43 **182** 006 154 98 255 558 689 750 928 31 **183** 186 89 360 425 45 543 659 76 723 842 77 918 24 **184** 009 220 (500) 317 72 86 748 69 845 **185** 057 71 272 (200) 366 505 24 722 810 **186** 136 59 376 481 681 959 67 71 **187** 006 23 65 245 528 715 859 91 **188** 038 270 375 502 86 610 51 772 923 **189** 028 153 59 312 22 584 683 730 69 79 (1500) 992

190 186 313 82 466 634 49 57 948 **191** 003 42 123 254 307 593 **192** 021 120 53 255 337 80 409 36 54 743 68 850 929 31 **193** 009 65 66 109 319 503 8 **194** 114 227 61 345 455 72 879 913 51 **195** 078 159 335 76 408 522 706 30 895 917 39 **196** 021 64 88 383 645 781 838 43 92 985 95 **197** 060 306 73 423 25 562 629 48 709 802 61 983 **198** 194 248 423 50 612 797 860 961 **199** 049 319 525 553 94 646 728 33 (200) 96 863 92 953 78

200 431 88 511 51 763 76 92 (200) 814 (500) 89 **201** 122 69 243 448 709 16 23 41 68 842 65 977 **202** 052 84 173 214 15 33 95 360 486 621 87 90 856 920 35 **203** 077 154 264 80 346 732 92 894 (200) 920 23 40 **204** 017 202 301 437 604 14 753 864 **205** 058 181 95 354 55 439 615 (300) 716 (200) 87 856 **206** 084 348 93 422 568 610 619 752 920 **207** 044 84 125 350 589 638 718 (300) 886 937 **208** 184 415 545 64 619 796 908 46 95 **209** 111 224 350 75 401 536 86 663 954 99

210 048 147 64 288 (200) 351 411 523 800 59 **211** 081 254 346 (300) 53 458 61 538 96 818 **212** 028 82 88 337 75 85 407 515 94 796 825 47 (200) 922 64 **213** 039 49 55 537 61 696 712 882 912 **214** 034 122 (200) 77 90 224 45 (200) 81 337 92 430 37 45 62 95 663 (200) 713 44 967 **215** 030 43 304 508 10 74 603 707 60 74 808 35 956 98 **216** 053 116 71 97 310 408 500 18 88 734 (300) 72 **217** 165 339 524 751 955 **218** 070 262 415 33 526 55 604 50 90 741 60 824 905 65 **219** 027 250 355 518 87 659 912 66 91

220 008 24 50 331 531 632 82 924 **221** 115 58 273 570 647 787 740 50 75 **222** 225 314 27 466 624 32 707 50 848 904 **223** 119 334 378 487 960 **224** 043 66 (500) 104 392 457 525 (500) 621 709 21 23 848 75 98 976 **225** 062 156 79 270 94 304 95 (200) 526 35 (200) 76

Paris, 16. März. Der Polizeipräfekt erklärt offiziell der Urheber der Explosion in der Madelainekirche sei der Anarchist Pauwels.

London, 16. März. Der Dampfer „Olympia“, welcher nach Philadelphia unterwegs ist, ist mit voller Ladung und 30 Mann Besatzung untergegangen.

London, 16. März. Das Unterhaus bewilligte mit 198 gegen 9 Stimmen den Nachtragkredit für die Mission in Uganda. Im Laufe der Debatte erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen, die Regierung würde nach Ostern ihre Entschließung bezüglich Ugandas mittheilen. Sie wünscht keinen Verzug darin herbeizuführen, sondern vielmehr die Diskussion darüber, welche hoffentlich die Zukunft Ugandas auf längere Jahre, vielleicht für immer sichert, zu erledigen.

London, 16. März. Lord Spencer schlägt vor den Marineetat um 17 366 000 Pfd. Sterl. zu erhöhen. Das Flottenpersonal soll um 6 700 Mann vermehrt werden. Der Bau von 7 Schlachtschiffen I. Klasse, 6 Kreuzern 2. Klasse und 3 Korvetten ist vorgesehen.

Kairo, 16. März. Die Ministerkonferenz unter Vorsitz des Khedive genehmigte die Konversion der unifizirten Schuld auf Grund ähnlicher Bedingungen, wie bei den früheren egyptischen Konversionen. Bezügliche Dekrete werden noch heute Abend den Großmächten vorgelegt werden.

Washington, 15. März. Der Senat genehmigte mit 44 gegegen 31 Stimmen die Vorlage bezüglich der monatlichen Ausprägung von 2 Millionen Dollar aus dem im Staatsschatze befindlichen von der Prägegebühr herrührenden Silber.

Rio de Janeiro, 16. März. Nach Meldungen aus Sao Paolo bemächtigten sich die Aufständischen unter General Saraiba der Stadt Itarieré, welche mit 3000 Mann Besatzung kapitulirte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1894.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
15. Nachm. 2	745,1	SO leiser Zug	bedeckt	+ 6,8
15. Abends 9	744,0	NO stark	bedeckt [1]	+ 3,6
16. Morgs. 7	744,4	NO frisch	bedeckt [2]	+ 4,5

[1]) Von 1 Uhr an Regen. [2]) Nachts und früh Regen.

Niederschlagshöhe in mm am 16. März Morgens 7 Uhr: 19,5

Am 15. März Wärme-Maximum + 7,5° Cels.

Am 15. = Wärme-Minimum + 3,5° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. März Morgens 2,84 Meter.

= = 15. = Mittags 2,84 =

= = 16. = Morgens 2,88 =

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Bremen, 15. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Still. Loko 4,80 Br.

Hamburg, 15. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 12,90, per Mai 12,87½, per Aug. 12,97½, per Okt. 12,32½. Ruhig.

Hamburg, 15. März. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average per März 81¾, per Mai 81, per Septbr. 77¼, per Dezbr. 73. Schleppend.

Paris, 15. März. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 35,50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 37,75, per April 37,87½, per Mai-August 38,00, p. Oktob.-Januar 35,12½.

Paris, 15. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, p. März 20,10, per April 20,30, per Mai-Juni 20,60, per Mai-August 20,70. — Roggen ruhig, per März 14,20, per Mai-August 14,50. — Mehl ruhig, p. März 42,10, per April 42,60, p. Mai-Juni 43,40, per Mai-August 43,70. — Rüböl fest, per März 60,25, per April 60,25, per Mai-August 55,00, per Septbr.-Dezember 51,75. — Spiritus behauptet, per März 36,75, per April 37,25, p. Mai-August 37,75, per Septbr.-Dezbr. 37,50. — Wetter: Bedeckt.

Havre, 15. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Baisse.

Rio 20 000 Sack, Rezettes für 2 Tage, Santos 3000 Sack, Rezettes für gestern.

Havre, 15. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 102,50, per Mai 100,50, p. Sept. 96,50. Ruhig.

Antwerpen, 15. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per April 12¼ Br., per Mai 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12¼ Br. Fest.

Antwerpen, 15. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer flau. Gerste ruhig.

Amsterdam, 15. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine p. März —, per Mai 144, p. November 150. Roggen per März 105, p. Mai 106, per Juli 107, p. Oktober 110. Rüböl per Mai —.

Amsterdam, 15. März. Bancazinn 45.

Amsterdam, 15. März. Java-Kaffee good ordinary 51¾.

London, 15. März. Chili-Kupfer 41, p. 3 Monat 41 9/16.

London, 15. März. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. Wetter: Heiter.

Glasgow, 15. März. Roheisen (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 3 d.

Liverpool, 15. März., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Fest.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4 1/64 Werth, April-Mai 4 1/64 do., Mai-Juni 4 1/32 Käuferpreis, Juni-Juli 4 1/16 Verkäuferpreis, Juli-August 4 5/64 Käuferpreis, August-September 4 3/32 do., September-Oktober 4 7/64 do., Oktober-November 4⅛ d. do.

Newyork, 14. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7½, do. in New-Orleans 7⅛. Petroleum ruhig, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per April 83¼. Schmalz Western steam 7,10, do. Rohe u. Brothers 7,35, Mais p. März 44⅛, do. p. April 43⅛, do. per Mai 43⅛. Rother Winterweizen 62½, do. Weizen per März 60⅞, do. Weizen p. Mai 62½, do. Weizen p. Juli 64¾, do. Weizen p. Dez. 70⅛. — Getreidefracht nach Liverpool 2½. — Kaffee fair Rio Nr. 7 17⅝, do. Rio Nr. 7 p. April 16,02, do. Rio Nr. 7 p. Juni 15,40. Mehl, Spring clears 2,15. — Zucker 2 13/16. — Kupfer loko 9,75.

Chicago, 14. März. Weizen März 56½, per Mai 58⅞. — Mais März 36⅛. Speck short clear 6,30, Pork per März 10,92.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 16. März. Wetter: Schön.

Hamburg, 15. März. Salpeter loko 9,45, April 8,85, Mai 8,35. Steigend.

Newyork, 15. März. Weizen per März 60⅝ C., per Mai 62⅛ C.

Berliner Produktenmarkt vom 15. März.

Wind: N., früh + 3 Gr. Reaum., 750 Mm. — Wetter: Leicht bedeckt.

Das Gesetz wegen Aufhebung des Identitätsnachweises ist gestern in dritter Lesung angenommen worden, und man wird nun die Wirkung dieser schließlich offenbar mit größter Eile durchberathenen Maßregel, zu welcher Ausführungsbestimmungen zu treffen dem Bundesrath noch überlassen ist, abzuwarten haben. Einfluß auf die Preisgestaltung am hiesigen Markt hat das Faktum eigenthümlicher Weise heute nur im Verkehr mit Roggen gehabt, obwohl man wohl gerade in Bezug auf diesen Artikel am wenigsten Vortheile davon zu erwarten berechtigt ist; aber Weizen wurde allzu ungünstig beeinflußt durch umfangreiche ausländische Offerten, die auch zum Theil wieder zum Abschluß geführt haben, und während ersterer Artikel im Verlauf bis zu 1 M. besser bezahlt wurde, bewegten sich die Preise für letzteren in nachgebender Richtung, was dann allerdings schließlich auch nicht ohne nachtheilige Rückwirkung auf Roggen bleiben konnte.

Hafer wird von Rußland reichlich angeboten und ist daraufhin etwa 50 Pfg. billiger verkauft worden.

Roggenmehl notirt eine Kleinigkeit höher.

Dagegen haben sich Rüböl und Spiritus bei trägem Verkehr etwas im Preise verschlechtert.

Weizen loco 135—146 Mk. nach Qualität gefordert, April 141,50—141 Mk. bez., Mai 143—142,50 Mk. bez., Juni 144—143,50 Mk. bez., Juli 145,25—144,50 Mk. bez., September 147—146,50 M. bez.

Roggen loco 118—123 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 120 M. ab Bahn bez., April 123—123,50—122,75 Mk. bez., Mai 125—126—125,25 Mk. bez., Juni 126—126,50—126 Mk. bez., Juli 127—127,25—126,75 M. bez., September 129,50—130 bis 129,50 Mk. bez.

Mais loko 108—119 Mark nach Qualität gefordert, März 107 Mk. nom., Mai, Juni und Juli 104,75 M. bez., September 105,50 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 134—176 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel und guter ost- und westpreußischer 139—156 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 140—157 M., do. schlesischer 140—157 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 160—170 Mk. ab Bahn bez., April 134,50—134 Mk. bez., Mai 134,25—133,50 Mk. bez., Juni und Juli 133 bis 132,75 Mk. bez.

Erbsen Kochwaare 160—190 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 138—152 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 210—225 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,00—17,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,00—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 15,50 bis 15 M. bez., April 15,80 Mk. bez., Mai 15,90 Mk. bez., Juni 16,00 Mk. bez., Juli 16,15 M. bez.

Petroleum loko 18,60 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 43,4 Mk. bez., April-Mai 44—43,9 bis 44 Mk. bez., Mai 44,1—44—44,1 Mk. bez., Juli 44,6 Mk. bez., Segtember 45 Mk. bez., Oktober 45 Mk. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 50,6 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 30,9 Mk. bez., März 35 Mk bez., April 35,4 Mk. bez., Mai 35,8—35,7 Mk. bez., Juni 36,2—36,1 Mk. bez., Juli 36,5 bis 36,4—36,5 Mk. bez., August 36,9—36,7—36,8 Mk. bez., September 37,2—37,1 M. bez.

Kartoffelmehl März 14,75 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene, März 14,75 M. bez.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Mais auf 106,50 Mk. per 1000 Kilo. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto — Wechsel v. 15. März

	Bank-Diskonto	Frist	Kurs
Amsterdam	5	8 T.	169,20 bz
London	3	8 T.	20,44⁵ bz
Paris	2½	8 T.	81,15 B.
Wien	5	8 T.	163,75 bz
Petersburg	5½	3 W.	217,00 bz
Warschau	5	8 T.	217,25 bz

in Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1⅞ bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,41 bz
20 Francs-Stück	16,20 bz
Gold-Dollars	4185 bz
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,455 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,20 bz
Oestr. Noten 100 fl.	163,85 bz
Russ. Noten 100 R.	219,15 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

	Zf.	Kurs
Dtsche. R.-Anl.	4	107,75 B.
do. do.	3½	101,50 B.
do. do.	3	87,50 bz
Prss. cons. Anl.	4	107,70 B.
do. do.	3½	101,60 B.
do. do.	3	87,50 bz
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,60 G.
Sts.-Schld-Sch	3½	100,10 B.
Berl. Stadt-Obl	3½	99,00 bz
do. do. neue	3½	99,20 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine	3½	97,00 bz
Pfandbriefe: Berliner	5	115,90 G.
do.	4½	108,10 G.
do.	4	105,10 G.
do.	3½	99,25 bz G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	98,90 bz G.
Kur. u. Neumrk. neue	3½	99,20 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	97,00 bz
Pommer	3½	99,10 bz G.
do.	4	103,40 bz
Posensch.	4	103,00 bz
do.	3½	98,30 bz
Schls. altl.	3½	99,20 G.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	99,50 bz G.
do.	4	
do. neu do.	3½	99,50 B.
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	97,60 G.
do. neu I. II.	3½	97,60 G.
Renten: Pommer.	4	103,80 G.
Posensch.	4	103,80 bz
Preuss.	4	103,80 bz
Schles.	4	103,80 G.
Bad. Eisenb.-A.	4	105,10 G.
Bayer. Anleihe	4	107,40 G.
Brem. A. 1893	3½	97,80 bz G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	99,20 G.
do. do. 1886	3	87,10 G.
do. amort. Anl.	3½	98,20 G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	86,90 bz
Prss. Präm-Anl	3½	120,60 G.
H. Pr.-Sch. 40 T	—	383,00 G.
Bd. Präm.-Anl.	4	137,00 B.
Bayr. Pr.-Anl.	4	141,90 B.
Brnsch. 20 T. L.	—	103,40 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	131,75 G.
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	129,00 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	127,50 B.
Mein. 7 Guld-L.	—	26,30 B.
Oldenb. Loose	3	126,00 B.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Kurs
Argentin. Anl.	5	47,50 bz G.
do. 1888	4½	42,20 bz
Bukar. Stadt-A.	5	96,00 bz G.
Buen. Air. Obl.	5	35,20 bz G.
Chines. Anl.	5½	104,00 bz G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	95,00 bz
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	57,30 bz
Griech. Gold-A	5	29,00 G.
do. cons. Gold	4	23,80 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	27,40 bz
Italien. Rente	5	75,10 bz
Kopenh. St.-A.	3½	
Lissab. St. A. I. II	4	55,75 bz G.
Mexikan. Anl.	6	62,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	69,75 bz G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	97,75 bz G.
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	
do. do.	4 1/5	94,40 bz
do. Silb.-Rent.	4 1/5	94,50 B.
do. 250 Fl. 54.	4	146,50 bz
do. Kr 100 (58)	—	328,75 bz G.
do. 1860er L.	5	146,00 B.
do. 1864er L.	—	327,60 G.
Poln. Pf-Br. I-V	4½	67,00 bz
do. do.	5	
do. Liq.-Pf.-Br	4	64,70 bz
Port. A 88—89	—	31,50 bz G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,50 bz
Röm. Stadt-A.	4	79,25 bz G.
do. II. III. VI.	4	69,75 bz G.
Rum. Staats-A.	4	84,60 bz
do. Rente 90	4	86,00 bz G.
do. do. fund.	5	102,00 G G.
do. do. amort.	5	96,80 G.
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	99,80 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	63,00 G.
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	6	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	68,80 bz
III. Orient 1879	5	68,50 bz
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864	5	166,10 G.
do. 1866	5	152,50 B.
Bodkr.-Pfdbr.	5	
do. neue	4½	104,20 G.
Schwedische	3½	
Schw. d. 1890	3½	96,90 G.
do. 1883	4	
Schw. Hyp.-Pf.	4½	101,75 bz G.
Serb. Gld-Pfdb.	5	72,00 bz G.
do. Rente	5	63,80 bz G.
do. neue 85	5	63,30 bz G.
Stockh. Pf. 85.	4½	
do. St.-Anl. 86	4	
Span. Schuld.	4	64,75 G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	25,15 bz
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	96,60 bz
do. Gld.-Inv.-A.	4½	101,80 bz G.
do. do. do.		
do. Papier-Rnt.		
do. Loose	—	258,25 G.
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	107,00 bz G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

	Div.	Kurs
Aachen-Mastr.	—	63,50 bz G.
Altenbg.-Zeitz	—	
Crefelder	1¼	76,00 bz
Crefld-Uerdng	—	89,50 bz G.
Dortm.-Ensch.	—	122,00 bz
Eutin. Lübeck	—	
Frnkf.-Güterb.	—	68,10 G.
Ludwsh.-Bexb.	9¼	227,25 G.
Lübeck-Büch.	—	145,25 bz
Mainz-Ludwsh	—	118,10 bz
Marnb.-Mlawk.	—	90,60 bz G.
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,90 bz B.
Ostpr. Südb.	—	94,90 bz
Saalbahn	—	31,00 bz G.
Stargrd-Posen	4½	101,75 bz
Weimar-Gera.	—	16,60 bz G.
Werrabahn	—	60,60 G.
Albrechtsbahn	2	
Aussig-Teplitz	—	311,00 G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	
Canada Pacifb.	5	67,80 bz
Dux-Bodenb.	—	106,10 G.
Galiz. Karl-L.	5	105,00 bz B.
Graz-Köflsch.	—	
Kaschau-Od.	4	90,50 G.
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz.	7	
Oester Staatsb	—	139,10 bz
do. Lokalb.	—	104,20 bz
do. Nordw.	4½	109,80 bz G.
do. Lit. B. Elb.	—	129,00 B.
Raab-Oedenb.	—	31,20 G.
Reichenb.-P.	—	
Südöstr. (Lb.)	—	48,75 G.
Tamin-Land	0	1,40 G.
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	68,00 bz
Donetzbahn	5	117,25 bz
Ivang. Domb.	5	110,25 bz
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest.	—	72,50 G.
Russ. Staatsb.	6,56	148,20 bz G.
do. Südwest.	5,45	78,10 bz
Wrsch.-Teres.	5	112,00 bz
Wrsch.-Wien.	—	
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	—	102,75 bz
Gotthardbahn	—	163,00 bz
Ital. Mittelm.	5	78,80 bz
Ital. Merid.-Bah	7 1/5	106,10 bz
Lüttich-Lmb.	—	35,70 bz
Lux. Pr. Henri	—	69,25 bz G.
Schweiz. Centr	—	125,00 G.
do. Nordost	—	113,80 G.
do. Unionb.	—	83,60 bz
do. Westb.		
Westsicilian	3 3/5	47,75 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

	Div.	Kurs
Altdm. Colberg	4 4/5	113,75 B.
Bresl.-Warsch	—	64,00 bz G.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,40 bz
Dux-Bodnb AB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	115,50 bz
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	87,00 bz G.
Dortm.-Gron.	4½	122,25 bz B.
Marienb Mlawk	—	117,25 bz G.
Mecklb. Südb.	—	56,00 G.
Ostpr. Südb.	—	113,50 bz G.
Saalbahn	—	101,00 bz G.
Weimar-Gera	—	91,00 bz G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

	Zf.	Kurs
Bresl-Warschauer Bahn	5	
Gr Berl. Pferde Eisenbahn	4	102,30 G.
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	104,20 G.
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	101,50 G.
Dux-Bodenb. I.	5	103,10 G.
Dux-Prag G-Pr	5	
do. 1891	4	100,90 G.
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgbg	4	
do. do. 1890	4	93,50 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	99,90 G.
KronpRudolfb.	4	
do. Salzkammg	4	101,90 bz
LmbCzern. stfr	4	92,70 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	86,30 G.
do. Staats-I. II.	5	109,25 bz
do. Gold-Prio.	4	101,80 bz
do. Lokalbahn	4	100,70 G.
do. Nordwestb.	5	
do. NdwB. G-Pr	5	108,30 bz B.
do. Lt. B. Elbth.	5	104,20 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	70,20 bz B.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B. (Lb.)	3	61,70 B.
do. Obligation.	5	103,20 bz
do. Gold-Prior.	4	98,40 bz
Baltische gar.	5	102,00 G.
Brest-Grajewo	5	
Gr. Russ. Eis. gar	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	103,90 G.
Kozlow-Wor. g.	4	96,60 bz
do. 1889	4	
do. Chark. As. (O)	4	97,10 B.
do. (Oblig.) 1889	4	97,40 bz
Kursk-Kiew conv	4	97,50 bz G.
Losowo-Sebast.	5	101,90 bz B.
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	92,50 bz G.
do. Rjäsan gar.	4	98,40 bz
do. Smolensk g.	5	103,00 bz
Orel-Griasy conv	4	96,70 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	97,00 bz G.
Rjaschk-Morcz. g	5	103,10 bz
Rybinsk-Bolog.	5	98,00 bz G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	
Transkaukas. g.	3	84,50 G.
Warsch.-Ter. g.	5	104,40 bz
Warsch.-Wienn.	4	100,90 bz
Wladikawk. O. g.	4	
Zarskoe-Selo	5	94,60 bz G.
Anatol. Gold-Obl	5	91,70 bz G.
Gotthardbahnov.	4	103,40 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	48,40 G.
Süd-Ital. Bahn	3	51,40 bz
Serb. Hyp.-Obl.	5	70,00 bz G.
do. Lit. B.	5	61,00 bz G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	97,40 G.
Northern Pacific	6	109,10 G.
San Louis-Franc.	6	
Southern Pacific	6	105,80 G.

Hypotheken-Certifikate.

	Zf.	Kurs
Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	114,00 B.
do. do. II.	3½	109,50 G.
do. do. III. abg.	3½	99,20 bz
do. do. IV. abg.	3½	99,20 bz
do. do. V. abg.	3½	95,00 G.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	110,40 bz
do. do.	4	102,50 bz G.
do. do.	3½	95,50 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1. 1900)	4	102,75 bz
do. do (rz 100)	3½	95,30 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,10 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,90 B.
pomm. Hypoth.-Akt. B-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,50 G.
Pf. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,90 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,40 bz
do. do. X (rz. 110)	4½	111,00 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,10 bz G.
Pr. Cent.-P (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	97,00 bz G.
do. do. künb. 1900	4	103,50 bz G.
Pr. Centr.-Pf Com-O	3½	96,70 bz G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	3½	96,80 bz G.
do. do. (rz. 100)	4	101,00 G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,70 B.
do. do. do.	3½	96,50 bz G.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	5	
do. do. (rz. 100)	4½	111,30 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,75 G.
do. do. (rz. 110)	4	102,50 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,50 bz G.

Bankpapiere.

	Div.	Kurs
B. f. Sprit-Prod. H	4¼	70,00 bz G.
Berl. Cassenver.	5⅓	129,25 G.
do. Handelsges.	5	140,00 bz G.
do. Maklerver.	7½	
do. Prod-Hdbk.	—	97,50 G.
Börsen-Hdlsver.	8	130,00 bz B.
Bresl. Disc.-Bk.	5	99,50 bz
do. Wechslerbk.	5	98,50 bz B.
Danz. Privatbank	7⅛	138,50 B.
Darmstädter Bk.	5¼	142,75 bz
do. do. Zettel	4⅓	
Deutsche Bank	8	172,00 bz
do. Genossensch	6	112,00 bz
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	120,10 G.
Disc.-Command.	6	192,00 bz
Dresdener Bank	5½	139,40 bz
Gothaer Grundcreditbank	3½	90,40 bz G.
Internat. Bank		
Königsb. Ver.-Bk	4½	100,10 G.
Leipziger Credit	8	174,25 bz G.
Magdeb. Priv.-Bk	6	114,50 bz G.
Maklerbank	6½	107,50 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	136,00 bz B.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	112,40 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4½	100,40 bz
Nationalbk. f. D.	4½	109,60 bz
Nordd. Grd.-Crd.	3	94,90 bz
Oester. Credit-A.	11⅞	226,25 bz
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	116,25 bz G.
Posen. Prov.-Bk.	5½	105,10 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	—	131,50 bz
do. Cnt-Bd 60 pCt	—	160,10 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	—	124,00 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	5 3/5	104,10 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	233,00 G.
do. Leihhaus	6	98,60 G.
Reichsbank	6,88	154,60 bz
Russische Bank	8	101,40 bz
Schles. Bankver.	5	113,60 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

	Div.	Kurs
Allg. Elekt.-Ges.	8¼	161,60 bz G.
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Baiges.: Berl.-Charl.	7,18	800,00 bz G.
City St.-Pr.		
Dtsche. Bau	—	76,00 G.
Hann.-St. P.	—	76,10 G.
Bauges. Humb.	6	
Moabit	—	132,50 B.
Passage	—	71,30 bz G.
U. d. Linden	—	
Berl. Elekt.-W.	8½	179,60 bz G.
Berl. Lagerhof	0	89,00 bz G.
do. do. St.-Pr.	5	114,00 B.
Ahrens Br., Mbt.	0	47,55 bz
Berl. Bock-Br.	0	51,50 bz G.
Schultheiss-Br.	15	236,00 bz G.
Bresl. Oelw.	4½	84,25 G.
do. Sprit-A.-G.	7	109,00 G.
Deutsche Asph.	5	81,00 G.
Dynamit Trust.	10	135,00 bz B.
Erdmannsd. Sp.	—	94,75 bz G.
Fraust. Zucker	7	126,75 bz G.
Glauz. Zucker	3⅔	112,75 G.
Gummi Har Wien	25	288,50 G.
do. Schwanitz	12½	183,00 G.
do. Voigt Winde	8	134,25 bz G.
do. Volpl. Schldt.	4	93,25 G.
Hemmoor Cem.	—	107,00 G.
Köhlm. Strk.	14	218,00 bz B.
Körbisdf. Zucker	2½	107,50 bz
Löwe & Co.	—	275,00 G.
Bresl. Linke	—	156,50 bz G.
do. Hofmann.	—	140,50 bz G.
Germ. Vrz.-Akt.	4½	67,00 bz G.
Görlitz Körn	7	131,80 G.
Görl. Lüdr.	9	149,40 bz
Grusonwerk		
H. Pauksch	3	78,50 bz G.
Schwarzkopff	15	253,00 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	—	102,00 bz G.
Sudenburg	10	170,25 bz G.
O.-Schl. Cham.	0	67,50 G.
do. Portl.-Cem.	2½	102,50 bz G.
Oppeln. Cem.-F.	4½	116,00 bz G.
do. (Giesel)	2	101,75 bz G.
Gr. Berl. Pferdeb.	12½	252,00 bz G.
Hamb. Pferdeb.	2	96,50 bz G.
Potsd. ov. Pferdb.	—	103,00 bz G.
Posen. Sprit-F.	5	
Rositzer Zucker	—	72,00 bz G.
Schles. Cement.	7½	157,10 bz G.
Stett. Bred. Cem.	—	92,00 bz G.
do. Chamott.	15	216,00 bz G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	—	115,25 G.
Berzelius.	9	120,00 bz G.
Bismarkhütte	8	174,00 bz G.
Boch. Gusst.-F.	3½	137,10 bz
Donnersmarck.	9	99,60 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	28,00 bz G.
Gelsenkirchen	6	152,30 bz
Hibernia	4	122,60 bz G.
Hörd. St.-Pr.-A.	0	25,00 B.
Inowracl. Salz	1	42,10 bz G.
König u. Laura.	3	130,50 bz G.
Lauchham. cv.	4½	106,30 bz G.
Louis. Tief. St.-P.	0	97,00 B.
Oberschl. Bed.	2½	71,50 G.
do. Eisen-Ind.	—	107,00 bz G.
Redenh. St.-Pr.	0	10,00 bz G.
Riebeck. Mont.	11	165,00 bz G.
Schles. Kohlw.	0	35,50 bz G.
do. Zinkhütte	—	182,70 B.
do. do. St.-Pr.	—	182,70 B.
Stolb. Zink-H.	—	37,30 bz
do. St.-Pr.	—	103,10 bz G.
Tarnowitz ov.	3½	49,25 G.
do. do. St.-Pr.	0	

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.